

Offene Fragen der Geschichte Band 3

Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,
Wiener Kongreß,
Kapitalismus,
Kommunismus,
Darwinismus,
Nationalismus,
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,
Gründung des Deutschen Reiches,
Imperialismus ...

Band 3/013

Chronik von 1849 bis 1850

1849

Deutscher Bund: Nachdem man bereits 1833/34 zwischen 19 deutschen Staaten die Zollschlagbäume entfernt hat ("Deutscher Zollverein"), versucht Preußen im Jahre 1849 nochmals die Bildung eines "kleindeutschen Bundesstaates". Die Vereinigung des Deutschen Reiches scheitert jedoch am erbitterten Widerstand Österreichs und an einigen anderen deutschen Landesfürsten.

Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860, Historiker und Politiker, Begründer der politischen Geschichtsschreibung, 1837 als einer der "Göttinger Sieben" des Landes verwiesen, Verfechter der "kleindeutschen Lösung") erklärt am 22. Januar 1849 vor der Frankfurter Nationalversammlung (x233/67-68): >>Aus ... schweren Lebensjahren habe ich die Erfahrung geschöpft, daß wir vor allen Dingen einer einheitlichen Gewalt bedürfen, welches gänzlich in ... in Deutschland lebt und nichts Anderem.

Ein solches Herrscherhaus kann Österreich uns nicht sein: ... Denn es hängen diesem Österreich, bei all seinem verdienten Ruhme, zu viele außerdeutsche Sorgen an. ... An den Hohenzollern Preußens können wir ein solches Herrenhaus nicht nur haben, sondern ... es ist gar keine Zukunft für Deutschland möglich ohne Preußen. ...

Deutschland muß als solches endlich in die Reihe der politischen Großmächte des Weltteils eintreten: das kann nur durch Preußen geschehen, und weder Preußen kann ohne Deutschland, noch Deutschland ohne Preußen genesen. ...<<

Ludwig Uhland (1787-1862, Rechtsanwalt, Politiker und Lyriker, Verfechter der "großdeutschen Lösung") sagt am 22. Januar 1849 vor der Frankfurter Nationalversammlung (x233/68): >>Meine Herren! ... Ich lege noch meine Hand auf die alte offene Wunde, den Ausschluß Österreichs. Ausschluß: das ist doch das aufrichte Wort. ...

Auch hier glaube ich, an die erste Zeit erinnern zu müssen. Als man Schleswig erobern wollte, wer hätte da gedacht, daß man Österreich preisgeben würde?

Als die österreichischen Gesandten mit den deutschen Fahnen in die Versammlung einzogen und mit lautem Jubel begrüßt wurden, wem hätte da geträumt, daß vor Jahresablauf die österreichischen Abgeordneten ohne Sang und Klang aus den Toren der Paulskirche abziehen sollten? ...

Welche Einbuße wir an Macht, an Gebiet, an Volkszahl erleiden würden, das ist hinreichend erörtert; ich füge nur eines bei: Deutschland würde ärmer um all die Kraft des Geistes und Gemütes, die in einer deutschen Bevölkerung von 8 Millionen lebendig ist. ...

Zum Schlusse meine Herren, verwerfen Sie die Erblichkeit, schaffen Sie keinen herrschenden Einzelstaat, stoßen Sie Österreich nicht ab, retten Sie das Wahlrecht, dieses kostbare Volksrecht. ...

Glauben Sie, meine Herren, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist! ...<<

Georg Herwegh reimt damals folgenden Spottvers über die endlosen Redeschlachten in der Frankfurter Nationalversammlung (x215/267):

>>Zu Frankfurt an dem Main, sucht man der Waisen Stein.

Sie sind gar sehr in Nöten: Moses und die Propheten,

Präsident und Sekretäre, wie er zu finden wäre.

Im Parla-, Parla-, Parlament, das Reden nimmt kein End! ...<<

Der russische Botschafter in Berlin schreibt am 16. Februar 1849 an den russischen Außenminister Karl Robert Graf von Nesselrode (1780-1862) in Sankt Petersburg (x056/235): >>Das

europäische Gleichgewicht würde ohne Zweifel durch die Schaffung einer Zentralgewalt an der Spitze eines vereinten Deutschlands gefährdet sein, aber dies würde noch mehr der Fall sein, wenn 25 Millionen österreichische Untertanen plötzlich mit 45 Millionen Deutschen vereinigt würden. ... Wir können nicht ernsthaft dieser (Verschmelzung) zustimmen.<<

Fürst Felix zu Schwarzenberg (1800-1852, seit 1848 österreichischer Ministerpräsident), der nach der Absetzung des geisteskranken Kaisers Ferdinand I. im Jahre 1848 die Schaffung eines zentral regierten österreichischen Einheitsstaates anstrebt, fordert am 9. März 1849 die Aufnahme des gesamten österreichischen Staates (x090/206).

Preußen lehnt Österreichs Mitgliedschaft besonders wegen seiner unruhigen und unberechenbaren Völkerschaften ab, denn in Österreich sind die Deutschen gegenüber der slawischen Bevölkerung in der Minderheit. Die Einigung Deutschlands scheitert, weil Österreich nicht bereit ist, den Habsburger Vielvölkerstaat aufzulösen.

Die Habsburger weigern sich ferner, ihre jahrhundertelange Vormachtstellung abzugeben. Die benachbarten europäischen Großmächte Frankreich und Rußland sind außerdem grundsätzlich gegen eine Vereinigung von etwa 33,7 Millionen Deutschen (x141/145) und 25,0 Millionen österreichisch-ungarischen Untertanen, um das angebliche Gleichgewicht in Europa nicht zu gefährden.

Der deutsche Schriftsteller Gustav Freytag schreibt damals über die gescheiterte Bildung des "kleindeutschen Bundesstaates" (x056/33): >>... Wenn den Preußen die Überzeugung kommt, daß es in den alten Grenzen ... nicht weitergeht, daß die Kraft welche wir in uns fühlen freie Bewegung braucht, dann werden wir mit Güte oder Gewalt nehmen, was wir brauchen ... (Das) ist so wahr als die Eroberung Schlesiens vor 100 Jahren ...

(Wir) werden unseren Willen durchsetzen ... gegen ganz Europa ... Wir sind gewöhnt, uns mit der ganzen Welt herumzuschlagen und alles zu wagen, um alles zu gewinnen, ... wir (sind) ein Volk von Kriegern und werden eher untergehen, als die Fahnen senken.<<

Die Frankfurter Nationalversammlung bestimmt in der Reichsverfassung vom 23. März 1849 (x233/157): >>In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. ...<<

Als Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 3. April 1849 die deutsche Kaiserwürde "aus den Händen von Revolutionären" ablehnt, scheitert die Frankfurter Nationalversammlung endgültig.

Friedrich Wilhelm IV. begründet die Ablehnung der Kaiserkrone wie folgt (x233/70): >>Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, ... ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher

Zustimmung eingesetzt, ... Versammlung macht, ... verunehrt überschwenglich mit dem Ludergeruch der Revolution von 1848. ...

Einen solchen imaginären Reif aus Dreck und Letten (buntem Ton) gebacken, soll ... ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar ein König von Preußen sich geben lassen? ...

Ich sage es ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt! ...<<

Nach der Ablehnung der kleindeutschen Kaiserkrone sind die Tage der Frankfurter Nationalversammlung gezählt.

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über die Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König im April 1849 (x090/206,211): >>Der Widerwille gegen eine Würde, die ihm nicht von fürstlicher Seite angetragen wurde, bestimmte seinen Entschluß ebenso wie politische Vorsicht. Besonders mit 2 Gegebenheiten glaubte Friedrich Wilhelm IV. rechnen zu müssen: der scharfen Ablehnung des deutschen Verfassungswerkes durch den Zaren von Rußland und dem Vorsatz des Fürsten Schwarzenberg, unter keinen Umständen ein preußisches Kaisertum zu dulden.

Nach dem Abbruch der letzten Verhandlungen zwischen Frankfurt und Berlin wurden die Preußen, wie vorher schon alle Österreicher, aus der Paulskirche zurückgerufen. ... Übrig blieben schließlich 105 Radikale, die sich in Stuttgart versammelten, um das unruhige Württemberg zur Erhebung zu bewegen.

Sie hatten mit Hilfe des von ihnen gegründeten "Zentralmärzvereins" und seiner fast tausend Zweiggruppen in der bayerischen Pfalz, Baden und Sachsen neue Aufstände entfesselt und tiefe Unruhen nach Westfalen, Schlesien und Ostpreußen getragen. ...<<

Im Mai und Juni 1849 schlugen preußische Truppen die Aufstände in Sachsen, der Pfalz und in Baden rücksichtslos nieder.

Während des Badischen Aufstandes im Mai 1849 entsteht das sogenannte "Badische Wiegenlied" (x105/94):

>>Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in stiller Ruh,
Dem drückt der Preuß die Augen zu.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Der Preuß hat eine blut'ge Hand,
Die steckt er übers badische Land,
Wir müssen alle stille sein,
Als wie dein Vater unterm Stein.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Gott aber weiß, wie lang er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht,

Und wo dein Vater liegt mein Schatz,
Da hat noch mancher Preuße Platz!
Schrei, mein Kindlein, schrei's,
Dort draußen liegt der Preuß!<<

Im Juni 1849 wird die Frankfurter Nationalversammlung durch württembergische Truppen gewaltsam aufgelöst.

Infolge der großen wirtschaftlichen Not, Arbeitslosigkeit, Landmangel, Hunger und politischer Unfreiheit bzw. Verfolgung verlassen im Jahre 1849 wieder etwa 200.000 Deutsche ihre Heimat und wandern nach Amerika aus.

Friedrich Wilhelm IV. macht im Jahre 1849 vor allem die preußischen Lehrer für die politischen Unruhen verantwortlich (x056/259): >>... All das Elend, daß im verflossenen Jahre über Preußen hereingebrochen ist, ist ... einzig ihre Schuld, die Schuld ... der irreligiösen Massenerweisheit, ... mit der sie den Glauben und die Treue in dem Gemüte meiner Untertanen ausgerottet und deren Herzen von mir angewandt haben.<<

Malwida Freiin von Meysenburg (1816-1903, Lehrerin und Schriftstellerin, wegen Kontakt zu führenden Revolutionären 1852 aus Berlin ausgewiesen) berichtet nach der Niederschlagung der Revolution über ihre Reise durch die deutschen Staaten (x233/70-71): >>Als ich zuletzt den Weg mit der Eisenbahn zwischen Köln und dem Norden zurücklegte, da war es Frühling 1848. ...

Von unserem Zuge flatterten schwarzrotgoldene Fahnen; eine lange Reihe Waggons, eingenommen von Freischaren junger entflammter Männer, die nach Schleswig-Holstein zogen, und von Polen, die der Heimat zuströmten. Auf jeder Station begrüßte die versammelte Menge sie mit einem Hoch. Ich mischte mich unter sie und hörte, wie sie Hoffnungen und Wünsche austauschten. Ein begeisterter Jüngling rief einem alten Polen zu: "Wenn wir dort oben fertig sind, kommen wir euch zu Hilfe!"

Und nun? –

Das Volk war verschwunden, auf der 3. und 4. Klasse, waren nur arme Arbeiter, Handwerksburschen, die ihren Geschäften nachzogen; auf den übrigen Klassen elegante Menschen der "bevorzugten Klasse", die mit gewohnter Gleichgültigkeit auf jene herabsahen, und Philister (Spießbürger), denen die "Ruhe um jeden Preis" auf dem Gesicht stand.

Keine Fahnen flatterten, keine Jünglinge schwärmten von Kampf und Sieg; lautlos, nur vom Lärm der Maschine begleitet, schoß der Zug dahin; aber im Herzen brannte die ... tausendfache Schmach des Vaterlandes, die geknickten Hoffnungen, die getäuschten Erwartungen und die vielleicht auf lange hinausgeschobene Entwicklung des politischen und sozialen Lebens; ach, und das Schicksal so vieler einzelner, die nun in Kerkern oder in der Verbannung es büßten, ihre Überzeugung zur Tat gemacht zu haben. Als wenn es eigentlich politische Verbrecher gäbe. ...<<

Helmuth Graf von Moltke (1800-1891, preußischer Offizier, von 1857-88 Chef des Generalstabs, leitender Stratege in den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71) schreibt im Jahre 1849 (x237/158): >>Die Pendelschwingung der demokratischen Revolution ist, wie mir scheint, vollbracht, sie sinkt zur Stabilität zurück – ob sie etwa nach der entgegengesetzten Seite abschweifen wird, ist nach dem natürlichen Gravitationsgesetz nicht unmöglich.

Die Rolle der Demokratie ist vorerst ausgespielt, wenn vielleicht auch andere große Kämpfe bevorstehen. ...

Das Wahre in der großen Bewegung Deutschlands ist der unleugbare Drang nach Vereinigung, und wenn die Kabinette den einzig möglichen, ihnen jetzt gebotenen Weg zu diesem Ziel, mag man ihn das Aufgehen in Preußen nennen oder anders, nicht einschlagen, so kann allerdings in einer späteren Periode ein neuer Ausbruch erfolgen.

Aber zunächst wird gewiß die Ordnung zurückkehren, und das ist nur zu wünschen, denn wie

richtig bemerkt worden, ist aus der Ordnung zuweilen die Freiheit, noch nie aber aus der Freiheit die Ordnung hervorgegangen.

Schläft man freilich bei der Ordnung wieder ein, dann wird sie nicht von langer Dauer sein. ...<<

Der evangelische Theologe Johann Hinrich Wichern schreibt im Jahre 1849 in einer Denkschrift über die Eigenart und Aufgaben der "Inneren Mission" (x199/209): >>Als innere Mission gilt uns nicht diese oder jene einzelne, sondern die gesamte Arbeit der aus dem Glauben an Christum geborenen Liebe, welche diejenigen Massen in der Christenheit innerlich und äußerlich erneuern will, die äußerem und innerem Verderben anheimgefallen sind.

Die vereinzelt Ausgeburten der Sünde innerhalb der Gemeinde fallen unter die seelsorgerische Fürsorge der Geistlichen; das gleiche ist der Fall mit der Gemeinde-Armenpflege, soweit sie kirchlich ist.

Ganz anders aber gestaltet sich die Sache, wo die Sünde und das Verderben epidemisch, massenhaft, etwas Volksmäßiges geworden, wo ein unkirchlicher, antikirchlicher und antichristlicher Geist die Gemeinde ergriffen oder durchdrungen hat; oder wenn die Sünde, das Laster oder das daraus hervorgehende Elend, die örtlichen Grenzen der Gemeinden überschreitend, zu einem überflutenden Strom geworden ist.

Namentlich in großen Städten, wo die echt kirchliche Gestaltung und Gliederung entweder untergegangen oder nie vorhanden gewesen, sind dann in dem chaotischen Durcheinander die kirchlichen Organe ohnmächtig, das sittliche, soziale, kirchliche Verderben zum Stillstand zu bringen.

Es bedarf nur der Erinnerung an die nomadischen Strömungen des reisenden Handwerkerstandes, der Scharen von Erd- und Eisenbahnarbeitern, der Matrosen in den Seestädten, der jährlich zu Tausenden entlassenen Verbrecher usw., um der Zustimmung gewiß zu sein, daß hier eine noch unerfüllte Aufgabe der Kirche liegt. ...

... In den Streit der Konfessionen mischt sich die innere Mission nicht ein. Ihre Aufgabe ist hinsichtlich der Lehre: im Umkreis ihrer Kirche diese Lehre denjenigen Massen, welche sie nicht kennen oder denen sie toter Buchstabe geworden oder geblieben ist, in Geist und Leben zu verwandeln.

Aber mehr noch als die Lehre gehört ihr die helfende, dienende Tat. Sie übt die Tat nur zur Erweisung der Barmherzigkeit und fragt nicht, wem sie dient, dem Vorbilde des Samariters getreu.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Innere Mission" (x808/961-962): >>Innere Mission, christliche, namentlich evangelische Vereinstätigkeit, die neben der Linderung der äußeren Not zugleich die Befestigung oder Wiedererweckung des christlichen und kirchlichen Sinnes in den gefährdeten oder bereits entfremdeten Gliedern der Gemeinde erstrebt.

Was die innere Mission bezweckt, ist auch in früheren Jahrhunderten unter mancherlei Formen geübt oder angestrebt worden, erschien jedoch fast ausschließlich als Aufgabe des geistlichen Amtes. In der rationalistisch-gemeinnützigen Zeit von 1750 bis 1820 geschah ferner sehr viel Gutes an Armen und Verlassenen ohne unmittelbare ... (Beziehung) auf den christlichen und kirchlichen Gesichtspunkt.

Die Notwendigkeit vermehrter kirchlicher Fürsorge für die Armen und Verkommenen drängte sich aber in Deutschland den christlich angeregten Kreisen auf, die nach den Befreiungskriegen in größeren Städten und gewerbereichen Gegenden einer verarmten und gleichzeitig der Kirche entfremdeten Bevölkerung sich gegenübergestellt fanden.

Anregende Vorbilder boten namentlich England und Schottland dar. Doch entwickelte sich die Sache in Deutschland eigenartig aus dem örtlichen Bedürfnis. Die Begründung von Rettungshäusern für die verwahrloste Jugend durch Johannes Falk in Weimar (1813) und die ...

Grafen von der Recke-Volmerstein in Overdyck und Düsseldorf (1816) sowie die Stiftung der Bildungsanstalt für Armenschullehrer in Beuggen bei Basel (1820) waren die ersten denkwürdigen Schritte auf dieser Bahn.

Im gleichen Sinn eröffnete 1833 Johann H. Wichern, von der frommen und gemeinnützigen Amalie Sieveking angeregt, das Rauhe Haus bei Hamburg und Theodor Fliedner 1836 die Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth am Rhein.

Den zusammenfassenden Namen der "Inneren Mission", durch den diese Bestrebungen in Parallele mit der äußeren oder Heiden- und Judenmission gesetzt wurden, gab denselben zuerst der Göttinger Theologe Friedrich Lücke.

Einen mächtigen Gönner fand die innere Mission seit 1840 an dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, und neuen Aufschwung erhielt sie durch die Erfahrungen des unruhigen Jahres 1848, die auf dem ersten Kirchentag zu Wittenberg 1849 zur Begründung des Deutschen Zentralvereins für innere Mission führten, der 1886 bereits seinen 24. Kongreß zu Breslau abgehalten hat.

Außer den schon erwähnten Rettungshäusern für verwaiste Kinder wie den Diakonissenhäusern für Armen-, Krankenpflege und Kleinkinderschulen umfaßt die innere Mission noch Vereine und Anstalten für einzeln stehende Jünglinge und Mädchen (Jünglingsvereine, Mägdeherbergen, Herbergen zur Heimat, Marthastifter), Gefängnisvereine, besonders für entlassene Sträflinge, Arbeiterkolonien zur Rettung arbeitsloser Herumtreiber, Magdalenenhäuser zur Rettung gesunkener Frauen etc.

In großen Städten, wie Berlin, Hamburg, Breslau, sind neuerdings alle derartigen Bestrebungen in Gestalt sogenannter Stadtmissionen einheitlich geordnet. Auch haben in fast allen größeren Städten die Vereine für innere Mission eigene Häuser (evangelische Vereinshäuser, meist mit Herbergen zur Heimat - jetzt 281 in Deutschland - verbunden) für ihre Versammlungen etc. erbaut.

Vielfach berührt sich die innere Mission mit allgemeinen staatlichen Interessen, vorzüglich auf dem Gebiet des Armenwesens (Arbeiterkolonien, Armenkolonien, und Verpflegungsstationen für landstreichende Bettler) und des Gefängniswesens, wie denn Wichern, der tatkräftigste Vertreter der inneren Mission in Norddeutschland, seit 1852 in ein amtliches Verhältnis zum preußischen Gefängniswesen trat und 1858 als vortragender Rat in das Ministerium des Inneren wie in den Oberkirchenrat zu Berlin berufen wurde.

Mit der sonstigen, nicht ... kirchlichen Vereinstätigkeit wie auch mit dem adligen Johanniterorden u.a. ist die innere Mission häufig in ein Verhältnis friedlichen Zusammenwirkens getreten und hat durch diese mannigfachen Berührungen mit der Außenwelt allmählich viel von dem engherzig pietistischen Anstrich verloren, der ihr oft mit unbilliger Einseitigkeit, aber nicht immer unverdient vorgeworfen worden ist. –

Auf katholischer Seite herrscht ebenfalls ein reger Eifer für die Aufgaben der inneren Mission, die dort, wenn auch nicht unter diesem Namen, mit Aufwendung großartiger Mittel von Vinzenzvereinen, Bonifatiusvereinen und dergleichen betrieben wird. Nur mischt sich dort, der katholischen Grundrichtung entsprechend, leicht die propagandistische Absicht in die übrigens durch Opferwilligkeit ausgezeichnete hilfreiche Liebe. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands im Jahre 1849 (x804/892-893): >>(Deutschland) ... Inzwischen war es den preußischen und Reichstruppen gelungen, den Aufruhr in der Pfalz und in Baden zu dämpfen, in letzterem Land allerdings nicht ohne blutige Kämpfe, in welchen sich aber die Überlegenheit der preußischen Armee bewährte. Als Friedrich Wilhelm IV. Sachsen durch seine in Dresden geleistete Hilfe gerettet hatte und sich anschickte, den bedrängten süddeutschen Fürsten Hilfe zu bringen, unternahm er es, früherer Verheißungen eingedenk, die Herstellung der deutschen Einheit unter Preußens Führung auf dem Weg freier Zustimmung der deutschen Regierungen,

auch Österreichs, zu erreichen.

Eine Proklamation an das Volk vom 15. Mai enthielt die Grundzüge der beabsichtigten preußischen Union: die zu vereinbarende Verfassung werde eine einheitliche Exekutive und freiheitliche Institutionen, gesichert durch eine gesetzgebende Volksvertretung, errichten; die Reichsverfassung sollte ihr zu Grunde gelegt, mit Österreich ein besonderes Bundesverhältnis vereinbart werden.

Ein in diesem Sinn abgefaßter Entwurf war dem Dreikönigsbündnis zu Grunde gelegt, welches Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai auf ein Jahr abschlossen.

Die erbkaiserliche Partei des Frankfurter Parlaments war geneigt, den Entwurf zu unterstützen; auf einer Versammlung zu Gotha (26. Juni) sprachen sich 130 von 148 Mitgliedern für die neue Verfassung aus. Bis zum September schlossen sich 21 deutsche Staaten dem Dreikönigsbündnis an, 5 andere zeigten sich geneigt.

Nur Bayern und Württemberg weigerten sich entschieden, der preußischen Union beizutreten, und fanden hierbei jetzt einen mächtigen Rückhalt an Österreich, dessen Bedrängnis in Ungarn Friedrich Wilhelm nicht durch rasches Handeln ausgebeutet hatte, und das nun nach Unterdrückung der ungarischen Insurrektion mit russischer Hilfe sofort die Wiederherstellung des alten Bundestages in Angriff nahm.

Ja, Preußen bahnte ihm selbst hierzu die Wege, indem es am 30. September 1849 mit Österreich das sogenannte Interim schloß, einen Vertrag zur Einsetzung einer provisorischen Bundesgewalt, die durch je zwei Bevollmächtigte beider Staaten bis zum 1. Mai 1850 in Frankfurt ausgeübt werden sollte. In die Hand dieser Gewalt legte der Reichsverweser am 20. Dezember sein längst ohnmächtiges, für die preußische Unionspolitik aber immerhin störendes Amt nieder. ...<<

Preußen: Am 30. Mai 1849 wird per Verordnung das "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen eingeführt (x261/105):

>>§ 1. Die Abgeordneten der zweiten Kammer werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. ...

§ 8. Jeder selbständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist ... stimmberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

§ 9. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. ...

§ 12. Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welchen die höchsten Steuerbeträge bis ... eines Drittels der Gesamtsteuer ... fallen. Die zweite Aufteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittels fallen.

Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Drittel fällt. In diese Abteilung gehören auch diejenigen Urwähler, welche keine Steuer zahlen. ...

§ 21. Die Wahlen erfolgen abteilungsweise durch Stimmgebung zu Protokoll. ...<<

In der amtlichen Begründung des preußischen "Dreiklassenwahlrechts" vom 12. August 1849 heißt es (x261/105-106): >>Die Kräfte der Staatsbürger, auf deren harmonischer Zusammenwirkung das Bestehen und Gedeihen der Gesellschaft wesentlich beruht, sind teils physischer oder materieller, teils geistiger Art.

Unter den materiellen nimmt die Steuerkraft eine vorzügliche Stellung ein. Sie gibt den allgemeinen Maßstab der individuellen Leistungen für das Gemeinwesen ab. Es liegt daher auch

nahe, nach dem Verhältnis der Besteuerung das Stimmrecht zu regeln, in dem man damit der Forderung "gleiche Pflichten, gleiche Rechte" zu genügen strebt, und dabei insbesondere des Momentes gedenkt, daß ein sehr wichtiges Recht der Abgeordneten, um deren Wahl es sich handelt, in der Steuerbewilligung besteht. ...

Daß außerdem die Größe des Besitzes mehr oder weniger für das Interesse an dem diesen Besitz schützenden Staatsorganismus maßgebend ist, bedarf einer weiteren Ausführung nicht. ...

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die offene Stimmgebung ... zur Ausübung eines unlauteren Einflusses mißbraucht werden kann. Es ist dies ein Übelstand, der sich nirgends von der Macht der Öffentlichkeit trennen läßt. Er erscheint aber gering, wenn man ihn mit dem Krebschaden der Intrigen vergleicht, welche unter dem Deckmantel des heimlichen schriftlichen Verfahrens ungestört zu wuchern vermag.

Einem freien Volke ist nichts so unentbehrlich als der persönliche Mut des Mannes, seine Überzeugung offen auszusprechen. Auf keinem anderen Wege werden die Parteien sich besser kennen, achten und verständigen lernen.

Auch möge man nicht übersehen, daß gerade diejenigen Wähler, welche die Gegner der offenen Stimmgebung vor jenem gefürchteten Einflusse geschützt wissen wollen, der angeblichen Vorzüge des geheimen schriftlichen Verfahrens am wenigsten teilhaftig werden; denn in den ärmeren Klassen befinden sich die meisten des Schreibens unkundigen Männer, die eben deshalb allein nicht der Notwendigkeit entgehen könnten, ihre Abstimmung dem Walvorstand oder einem Mitglied desselben anzuvertrauen.

Das öffentliche Verfahren aber stellt alle gleich und setzt niemand der Demütigung einer exceptionellen (besonderen) Behandlung aus. ...<<

Österreich: Der Wiener Korrespondent der "Neuen Rheinischen Zeitung" berichtet im Februar 1849 über den Antisemitismus in Österreich (x087/120): >>Man fühlt in Österreich im ganzen Volke, daß das Judenvolk dort die niederträchtigste Sorte von Bourgeoisie und den gemeinsten Schacher repräsentiert, darin liegt die ganze Antipathie gegen das Judengesindel.<<

Im April 1849 bilden die Ungarn eine eigene, unabhängige Regierung. Sie treiben danach alle Habsburger Beamte und österreichischen Truppen aus dem Land und bekämpfen die Kroaten sowie die slawischen Minderheiten (Serben).

In Italien besiegen die österreichischen Truppen bei Custozza die Truppen des Königs von Sardinien. Zur gleichen Zeit wird der Aufstand der Prager Tschechen in erbitterten Straßenkämpfen niedergeschlagen, während die Kroaten Siege in Ungarn erzielen.

Die Habsburger Monarchie wird letzten Endes nur durch russische Waffenhilfe (vertragliche Verpflichtung, jede Volkserhebung zu bekämpfen) gerettet. Im Mai 1849 muß sich der österreichische Kaiser Franz Josef I. (1830-1916) notgedrungen mit dem Zar Nikolaus I. gegen Ungarn verbünden. Danach greifen die russischen und österreichischen Truppen gleichzeitig im Osten und im Westen an und schlagen die Ungarn entscheidend (ungarische Kapitulation: August 1849).

Ein Zeitzeuge berichtet Ende 1849 aus der Hauptstadt Wien (x254/120): >>Auf der Universität, dieser einst so berühmten Geburtsstätte der Freiheit, war alles öde, wüst und verlassen. Beim Rückweg über den Domplatz blickte ich zufällig am Stephansturm empor: von der Rose flatterte die schwarzgelbe Fahne, das Siegeszeichen der Militärherrschaft und Reaktion, durch den feuchten Nebel nieder. Das war der Abschluß des wüsten Dramas, freilich der Knotenpunkt neuer unberechenbarer Entwicklung. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs im Jahre 1849 (x812/519): >>(Österreich) ... In sicherer Erwartung einer baldigen Unterwerfung Ungarns wurde am 7. März 1849 der Reichstag zu Kremsier, der inzwischen in vollem Vertrauen auf die Versprechungen des Ministeriums dessen liberale Reformvorschläge eingehend

beraten hatte, aufgelöst und die Oktroyierung einer vom 4. März datierten Verfassung für Gesamtösterreich verkündigt.

Durch dieselbe wurden alle zur österreichischen Monarchie gehörigen Länder unter Aufhebung aller Unterschiede zu einem einheitlichen Staatskörper vereinigt; die ungarische Verfassung wurde zunächst noch nicht aufgehoben, aber die serbische Woiwodschaft, Serbien, Kroatien und die Militärgrenze von Ungarn losgetrennt; die Feststellung des Verhältnisses des Lombardisch-Venezianischen Königreiches wurde einem besonderen Statut vorbehalten.

Schwarzenberg unternahm es also, das von Maria Theresia und Joseph II. begonnene Werk, die Verwandlung Österreichs in einen zentralisierten Einheitsstaat, der im Heer sein Vorbild hatte, mit einem Schlag zu vollenden.

Die erste Vorbedingung hierfür war die Unterwerfung Ungarns. Dieselbe schien Anfang 1849 sicher. Windischgrätz rückte am 5. Januar in Ofen-Pest ein und glaubte durch seinen angeblichen Sieg bei Kapolna (27. Februar) die ungarische Feldarmee vernichtet zu haben. Aber infolge seiner Untätigkeit gewannen die Ungarn Zeit, sich zu sammeln, in Siebenbürgen und im Banat die Kaiserlichen zurückzudrängen und im April die österreichische Hauptarmee in mehreren Schlachten zu besiegen, so daß sie Pest räumen mußten.

Nun beantwortete der ungarische Reichstag die Oktroyierung der Verfassung vom 4. März mit dem Beschluß vom 14. April, welcher Ungarn mit allen Nebenländern für einen selbständigen Staat und die habsburg-lothringische Dynastie für abgesetzt erklärte.

Während die Ungarn Ofen belagerten und am 21. Mai erstürmten, rief Österreich die russische Hilfe gegen die Revolution an, welche der Zar Nikolaus in einem Vertrag vom 21. Mai zusagte.

Ein russisches Korps rückte in Siebenbürgen, die Hauptarmee unter Paskewitsch über die Karpaten in Ungarn ein. Gleichzeitig drangen die Österreicher unter Haynau die Donau abwärts vor.

Die Ungarn erlagen der Übermacht, und am 13. August streckte Görgey mit der Hauptarmee (22.000 Mann) bei Világos vor dem russischen General Rüdiger bedingungslos die Waffen. Die Russen überlieferten Ungarn auf Gnade und Ungnade den Österreichern, die, gereizt und erbittert, daß die Ungarn durch die Kapitulation von Világos dem hochmütigen Zaren einen leichten Triumph verschafft hatten, über die Häupter des Aufstandes ein grausames Strafgericht verhängten.

Die ungarische Verfassung wurde für verwirkt erklärt und Ungarn zu einem bloßen Kronland des Gesamtstaates umgewandelt, die Nebenländer zu selbständigen Kronländern erhoben.

Der im März 1849 von Sardinien von neuem erklärte Krieg in Italien wurde schon am 23. März durch den glänzenden Sieg Radetzky's bei Novara beendet, im August auch Venedig wieder unterworfen und die Verhältnisse auf der Apenninenhalbinsel ganz so wiederhergestellt, wie sie vor 1848 gewesen waren. Außer dem Lombardisch-Venezianischen Königreich beherrschte Österreich indirekt Parma, Modena, Toskana und die Romagna und besaß den maßgebenden Einfluß in Neapel.

Dieselbe Wiederherstellung seiner Machtstellung glückte Österreich in Deutschland. Hier hatte die Veröffentlichung der österreichischen Verfassung vom 4. März, welche auf die deutschen Verhältnisse keine Rücksicht nahm, die Mehrheit des Frankfurter Parlaments bewogen, im März 1849 den engeren deutschen Bundesstaat und die Übertragung der Kaiserkrone auf den König von Preußen zu beschließen.

Die neue Reichsverfassung scheiterte an der Ablehnung der Krone durch Friedrich Wilhelm IV. Während Preußen nun mit den deutschen Fürsten über die Bildung einer Union unter seiner Führung verhandelte, bewältigte Österreich die Unruhen im Inneren und konnte schon 1849 mit einem siegreichen Heer im Hintergrund bestimmend in die deutschen Dinge eingreifen. ...<<

Mähren: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Mährens im Jahre 1849 (x811/106): >>(Mähren) ... Durch die Reichsverfassung von 1849 wurde Mähren für ein unmittelbares Kronland der Monarchie erklärt und das Herzogtum Schlesien, das bis dahin administrativ mit Mähren vereinigt war, davon abgelöst.

Eine der Hauptforderungen der tschechischen Partei in Böhmen jedoch ist die Wiedervereinigung Mährens mit der Wenzelskrone. Diese Partei besitzt in den feudalen und klerikalen Autonomisten Mährens ihre Anhänger, welche an der Tschechisierung Mährens arbeiten. Dagegen sucht die deutschliberale Partei ihre Stellung zu behaupten. ...<<

Ungarn: Die ungarische Regierung ruft am 1. Juli 1849 die Europäer auf, den ungarischen Freiheitskampf zu unterstützen (x233/73): >>Proklamation an die Völker Europas ...

Erwachtet, o Völker und Nationen Europas! Auf ungarischem Boden wird die Freiheit entschieden. ... Denn wir kämpfen bis zum letzten Tropfen Blutes, damit dieses Land entweder ein auserwähltes Land sei der mit Blut erfochtenen heiligen Freiheit oder aber ein ewig verdamntes Denkmal werde davon, wie die Machthaber sich zu verbinden vermögen, die Nationen und Völker aber sich schmäzlich verlassen können.<<

Die ungarischen Soldaten der Festung Komorn leisten noch bis zum Oktober 1849 erbitterten Widerstand. Nach Abschluß der Kämpfe werden fast alle gefangenen Führer der ungarischen Aufständischen zum Tode verurteilt und durch österreichische Hinrichtungskommandos erschossen oder gehängt. Ungarn gilt danach als eine unselbständige Provinz Österreichs und wird zentral aus Wien verwaltet.

Karl Marx (Chefredakteur der "Neuen Rheinischen Zeitung") schreibt Ende 1849 in einem Leitartikel über den ungarischen Aufstand (x087/120): >>In Wien erwürgten Kroaten, Panduren, Tschechen, Sereschaner (eine aus Südslawen gebildete Heeresgruppe) und ähnliches Lumpengesindel die germanische Freiheit. ...<<

Die Habsburger können ihren zersplitterten Vielvölkerstaat zwar noch einmal mit russischer Waffenhilfe vor dem Zerfall in einzelne Nationalstaaten retten, aber nach den blutigen Kämpfen und dem gnadenlosen österreichischen Strafgericht, ist die Lage so explosiv, wie nie zuvor. Es soll sich später zeigen, daß man die Freiheitsbewegung der Nationalisten nicht ewig mit gewaltsamer Unterdrückung und Terror aus der Welt schaffen kann.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns im Jahre 1849 (x815/1.009-1.011): >>(Ungarn) ... Die Hauptstadt Ofen Pest wurde am 5. Januar 1849 von den Ungarn geräumt, und der Reichstag und der Landesverteidigungsausschuß schlugen ihren Sitz in Debreczin auf.

Nur die Unfähigkeit Windischgrätz', der in dem ihm unerwarteten und unverständlichen Rückzug der Ungarn einen tief angelegten Plan argwöhnte und daher Bedenken trug, kühn vorzudringen, gab den Ungarn Zeit, ihre Streitkräfte zu vermehren und zu sammeln.

Görgey, der sich in die Karpaten zurückgezogen hatte, nötigte den aus Galizien bis Kaschau vorgedrungenen General Schlik zum Rückzug und stellte die Verbindung der ungarischen Armeen untereinander und mit der Regierung in Debreczin her.

Den Oberbefehl über die gesamte ungarische Armee erhielt der Pole Dembinski, der aber im Kriegsrat mit einer starken Opposition unter Görgey zu kämpfen hatte. Dembinski verlor am 27. Februar die Schlacht von Kapolna gegen Windischgrätz, dem es gelang, sich mit Schlik zu vereinigen, und mußte sich hinter die Theiß zurückziehen.

Wiederum erlaubte Windischgrätz' Untätigkeit der ungarischen Regierung, ihre Rüstungen zu vollenden und insgesamt 112 Infanteriebataillone und 6 Husarenregimenter neu aufzustellen. Mit dem reorganisierten und verstärkten Heer errang der neue Oberbefehlshaber Görgey eine Reihe von glänzenden und erfolgreichen Siegen ... über Windischgrätz und nach dessen Abberufung über Welden. Die Österreicher räumten am 24. April Pest und zogen sich in Unordnung auf Preßburg zurück. Auch aus Siebenbürgen und dem Banat wurden die österreichi-

schen Truppen durch Bem und Perczel vertrieben.

Durch diese Siege verleitet, beschloß der Reichstag in Debreczin am 14. April auf Kossuths Antrag die Absetzung der habsburg-lothringischen Dynastie und die völlige Selbständigkeit des alle Nebenländer umfassenden ungarischen Staates.

Dieser Beschluß, welcher nebst der Ernennung Kossuths zum Gubernator am 15. April in einem besonderen Manifest der Nation verkündet wurde, entzog den Ungarn den sicheren Rechtsboden und störte die bisherige Einmütigkeit der Nation; Görgey mißbilligte ihn entschieden und hielt sich auch in der Kriegführung streng an die Verteidigung der ungarischen Verfassung und Gesetze, unterließ es daher auch, mit seinem siegreichen Heer nach Mähren und Österreich vorzudringen und sich mit den dortigen unzufriedenen Elementen zu vereinigen. Er unternahm vielmehr die Belagerung Ofens, das am 21. Mai erstürmt wurde, worauf Regierung und Reichstag nach Pest zurückkehrten, dessen Besitz für den eigentlichen Gang des Krieges nutzlos war.

Die österreichische Regierung hatte aber jetzt einen berechtigten Grund, die Ungarn für Revolutionäre zu erklären und die Hilfe Rußlands für die Sache der Legitimität anzurufen. Der Zar Nikolaus leistete dieselbe bereitwilligst, und sofort rückten russische Truppen in Siebenbürgen ein; die Hauptarmee unter Paskewitsch, 100.000 Mann stark, überschritt von Galizien aus die Karpaten. Auch Österreich verstärkte seine Streitkräfte und stellte an deren Spitze den General Haynau, einen rücksichtslos harten, aber energischen Mann. Die ganze gegen Ungarn verfügbare reguläre Streitmacht belief sich auf 275.000 Mann mit 600 Geschützen, welchen die Ungarn nur 135.000 Mann entgegenstellen konnten.

Während Bem in Siebenbürgen der Übermacht erlag, Jellachich am 7. Juni Perczel besiegte und Peterwardein einschloß, Haynau am 28. Juni Raab erstürmte, blieb Görgey hartnäckig bei Komorn stehen, lieferte daselbst noch am 2. Juli eine unentschiedene Schlacht und verließ ... (Komorn) erst am 12. Juli, nachdem die Regierung am 9. Juli Pest zum zweiten Mal hatte verlassen müssen und nach Szegedin geflohen war.

Am 14. Juli zogen die Österreicher wieder in Pest ein. Die Siege Veters über Jellachich bei Hegyes (14. Juli) und Görgeys über die Russen bei Waitzen (17. Juli) konnten gegen die Übermacht nichts mehr nützen. Haynau rückte gegen Szegedin vor, welches die Ungarn aufgeben mußten, und schlug Dembinski am 5. August bei Szöreg, Bem am 9. August bei Temesvar. Kossuth legte darauf am 11. August in Arad die Leitung der Regierung nieder und übertrug Görgey, der inzwischen mit seiner Armee, das linke Theißufer abwärts marschierend, in Arad angelangt war, die Diktatur.

An der Möglichkeit ferneren Widerstandes verzweifelnd, faßte der neue Diktator, übrigens mit Vorwissen und Zustimmung der Regierung, den Beschluß, sich nicht den verhaßten Österreichern, sondern den Russen zu ergeben, und streckte am 13. August mit 22.000 Mann bei Világos vor General Rüdiger bedingungslos die Waffen. Ihm folgten am 16. August Oberst Kazinczy mit 10.000 Mann, am 17. August Damjanich in Arad u.a.; nur Komorn wurde von Klapka hartnäckig verteidigt, bis es am 2. Oktober eine ehrenvolle Kapitulation erlangte. "Ungarn liegt zu den Füßen Eurer Majestät!" schrieb Paskewitsch an den Zaren.

Daß die Ungarn die Unterwerfung unter den hochmütigen Zaren der direkten Verständigung mit der österreichischen Regierung, welcher sie übrigens von Rußland auf Gnade oder Ungnade überliefert wurden, vorzogen, war für die Österreicher beleidigend und reizte ihren Zorn aufs äußerste.

Von den gefangenen Häuptern der Insurrektion (mehreren, wie Kossuth und anderen, war die Flucht nach der Türkei geglückt) wurde nur Görgey auf russische Intervention verschont; 13 Generale und Obersten wurden auf Haynaus Befehl am 6. Oktober in Arad teils erschossen, teils gehenkt, Ludwig Batthyány und andere vornehme politische Führer in Pest zum Tode durch den Strang verurteilt. Den Hinrichtungen folgten zahllose Verurteilungen zu mehrjähri-

ger Kerkerhaft. Erst im Juli wurde Haynau, der das Standrecht mit blutiger Strenge handhabte, abberufen. ...<<

Kirchenstaat: Der Kirchenstaat wird während der revolutionären Wirren des Jahres 1849 zum "Schutz des Papstes" durch französische Truppen besetzt.

Asien: Im Jahre 1849 scheitert der türkische Angriff gegen Jemen.

1850

Preußen schwächen, dann vernichten.

Felix Fürst zu Schwarzenberg (1800-1852, österreichischer Politiker)

Deutscher Bund: Aufgrund der blutigen Unruhen in Österreich-Ungarn stimmt im Jahre 1850 die Mehrheit der deutschen Abgeordneten beim Reichstag in Erfurt für ein Deutschland ohne Österreich ("kleindeutsche Lösung").

Die Habsburger, die seit Jahrhunderten fast alle deutschen Kaiser und die Hauptstadt des Deutschen Reiches (Wien) stellen, wollen sich natürlich nicht kampfflos aus dem Reich drängen lassen. Als Österreich die süddeutschen Staaten für sich gewinnen kann und die Unterstützung des Zaren erhält, stellt Fürst Schwarzenberg den Preußen schließlich ein Ultimatum, den Bundestag in Frankfurt wieder herzustellen.

Angesichts der militärischen Überlegenheit muß sich Preußen dem österreichisch-russischen Druck beugen. Am 29. November 1850 wird Preußen schließlich genötigt, alle Einigungspläne aufzugeben (Vertrag von Olmütz bzw. Olmützer Punktation). Der Deutsche Bund muß danach wieder der Leitung Österreichs unterstellt werden.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Fürst Felix von Schwarzenberg (x814/696): >>Schwarzenberg, Felix Ludwig Johann Friedrich, Fürst von, österreichischer Staatsmann, geboren am 2. Oktober 1800, zweiter Sohn des Fürsten Joseph von Schwarzenberg (gestorben 1833), trat 1818 als Kadett in ein österreichisches Kürassierregiment und avancierte bis zum Rittmeister, trat aber 1824 zur diplomatischen Laufbahn über.

1826 mit einer Mission nach London betraut, ging er, nachdem er sich durch einen skandalösen Ehebruch mit der Lady Ellenborough unmöglich gemacht (hatte), von da 1827 mit dem Baron Neumann nach Brasilien. Nach seiner Rückkehr wurde er bei verschiedenen Gesandtschaften beschäftigt, namentlich in Paris und Berlin, 1838 bei den Höfen von Turin und Parma und 1846 bei dem zu Neapel als Gesandter akkreditiert, wo er Hort des starrsten Absolutismus war.

Aus seinem zügellosen, ausschweifenden Leben wurde er durch die Revolution herausgerissen. Als bei einem Tumult in Neapel am 26. März 1848 sein Hotel insultiert (angegriffen) wurde, nahm er seinen Abschied als Gesandter und erhielt als Generalmajor den Oberbefehl über eine Brigade unter Nugent in Oberitalien, focht bei Curtatone und Goito mit und wurde zum Feldmarschalleutnant befördert.

Nach Unterdrückung des Oktoberaufstandes zu Wien wurde er am 22. November 1848 an die Spitze des Ministeriums gerufen. Das Ideal, welches ihm für seine Tätigkeit in dieser Stellung vorschwebte, war ein militärisch-absolutistisch regierter österreichischer Einheitsstaat, im Inneren durch zweckdienliche Reformen gekräftigt und in Deutschland und ganz Mitteleuropa zur herrschenden Macht erhoben.

Rücksichtslos, energisch und nicht wählerisch in seinen Mitteln, erlangte er auch rasch bedeutende Erfolge. Durch das Bündnis mit Rußland bewirkte er nicht nur die Unterdrückung des ungarischen Aufstandes, sondern auch das völlige Scheitern der preußischen Unionspolitik in Deutschland. Er kettete die deutschen Mittelstaaten von neuem eng an Österreich, stellte den Bundestag wieder her und legte Preußen die schimpfliche Demütigung von Olmütz auf. Nur den Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund und in den Zollverein erreichte er nicht.

Schwarzenberg starb plötzlich, nachdem er eine Annäherung an die Westmächte eingeleitet

(hatte), an einem Schlaganfall am 5. April 1852.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über das Ende des geplanten "kleindeutschen Bundesstaates" im Jahre 1850 (x090/211-214): >>Ein letztes Nachspiel ... war der Versuch Friedrich Wilhelms IV., das gesamte außerösterreichische Deutschland durch Vereinbarung mit den Fürsten in einem "engeren Bund" zu einigen. ... Ein nach Erfurt berufenes Parlament sollte ihr die Verfassung geben.

Doch allein schon die Ankündigung des "Reichstages" veranlaßte Österreich und Rußland zu scharfen Protesten. Sie hatten gemeinsam den ungarischen Aufstand niedergeschlagen und fühlten sich berufen, auch jede andere Bewegung zu unterdrücken. Schwarzenberg betrieb die Wiederherstellung des alten Bundestages und zog Hannover und Sachsen, denen in der Union tragende Aufgaben zugeordnet waren, auf seine Seite.

Gleichzeitig plante die Wiener Regierung zwei ungesetzliche Bundesexekutionen. Die eine sollte Schleswig-Holstein, das trotz seiner jüngsten Niederlage bei Idstedt weiterfocht, in den dänischen Staatsverband zurückzwingen. Mit der anderen wollte Schwarzenberg einen Konflikt zwischen dem hessischen Kurfürsten und der Ständeversammlung in Kassel entscheiden. Beides waren Ziele der wiederbelebten "Heiligen Allianz".

Diese unionsfeindliche Politik setzte Preußen der schwersten Belastungsprobe aus. Schon zogen Rußland und Frankreich in Polen und am Oberrhein starke Heeresverbände zusammen. Friedrich Wilhelm IV. befahl die Mobilmachung. Doch als in Hessen, das Preußen und Bayern von zwei Seiten her besetzten, die ersten Schüsse fielen, ließ er seinen nur mehr Kleinstaaten umfassenden Unionsplan wie ein heißes Eisen fallen. Der preußische König konnte keinen Waffengang wagen.

Das Erfurter Parlament war aufgelöst worden. Nun wurde auch Radowitz entlassen und der Ministerpräsident Otto von Manteuffel nach Olmütz entsandt. Das dort geschlossene Abkommen zwang Preußen, die Bundesexekutionen in Holstein und Kassel zuzulassen. Es mußte sein Heer demobilisieren und dem Gedanken der Bundesreform beipflichten. Ende des Jahres 1850 stellte eine Dresdener Konferenz unter Vorsitz Schwarzenbergs den Deutschen Bund in der alten Form wieder her.

Die Revolution war zu Ende. Alle Kämpfe und Opfer schienen vergebens. Aber mochte auch allgemein das Gefühl des Scheiterns vorherrschen und manche wertvolle Errungenschaft durch die folgende Reaktion eingeschränkt oder zunichte werden – der schwungvolle Erneuerungsversuch hatte das deutsche Volk in den Tiefen aufgerührt und seinen Sinn für staatsbürgerliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit geschärft.

Daß der Neubau des Reiches ein papierener Entwurf geblieben war, hatte verschiedene Gründe. Nicht allein die Schwächen des Frankfurter Parlaments und das Zögern der deutschen Fürsten, die Nationalitätenprobleme des Habsburger Reiches und der wieder scharf zugespitzte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen verhinderten ihn. Auch die feindlichen Eingriffe der europäischen Mächte haben den Zusammenschluß Deutschlands unmöglich gemacht.

... Ein Zeitalter der Reaktion war angebrochen. Der Bundestag verspielte sein ohnehin geringes Ansehen, als er die Grundrechte aufhob, mit Gewalt die dänische Herrschaft in Schleswig-Holstein wiederherstellte, die kleine von der Nationalversammlung geschaffene Flotte vergrößern ließ und durch einen "Redaktionsausschuß" die konstitutionelle Entwicklung in den deutschen Staaten abzuwürgen trachtete.

Einen Rückfall in den Absolutismus erlebte allerdings nur Österreich, wo die "oktrozierte" Gesamtstaatsverfassung bald außer Kraft gesetzt wurde. Preußen hatte 1850 das nach dem Einkommen abgestufte Dreiklassenwahlrecht eingeführt, hob die Schwurgerichte auf, drosselte die Selbstverwaltung und ermöglichte den Gutsbesitzern die Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Macht, so daß der eigentliche Bauernstand weiter abnahm.

Zahllose Deutsche hatten ihrem Land den Rücken gekehrt, nicht allein gescheiterte Politiker

wie Friedrich Hecker und Karl Marx, auch berühmte Künstler und Gelehrte, unter ihnen Gottfried Semper, Richard Wagner und Theodor Mommsen. Hunderttausende, zumeist Bauern, die auf der geschälerten Scholle nicht mehr leben konnten, nutzten die erleichterte Passagierschiffahrt zur Auswanderung. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1850-1862 (x804/893-896): >>(Deutschland) ... Als der Verwaltungsrat der Union am 19. Oktober die Wahlen für das Volkshaus auf den 15. Januar 1850 ausschrieb und dann den künftigen Reichstag zum 20. März nach Erfurt berief, wogegen Österreich sofort protestierte, nahmen Sachsen und Hannover an diesen Akten schon nicht mehr teil, weil ihre Voraussetzung der Vereinigung aller deutschen Staaten durch Bayerns und Württembergs Weigerung nicht erfüllt sei, sagten sich im Februar 1850 ganz vom Dreikönigsbündnis los und schlossen mit den süddeutschen Königreichen das Vierkönigsbündnis ab, in welchem ein neuer Verfassungsentwurf mit einer Volksvertretung von 300 durch die Kammern der Einzelstaaten zu wählenden Mitgliedern aufgestellt wurde. Österreich erklärte sich bereit, dem Bund beizutreten, wenn ihm der Eintritt mit dem ganzen Umfang seiner Staaten ermöglicht würde.

Die zaudernde, schwächliche Politik der Regierung zu Berlin, wo sich zwei Parteien, zwischen denen der König schwankte, bekämpften, indem die eine die Unionspolitik bis an die Grenze des Möglichen verfocht, die andere die Union als ein Gewächs der Revolutionszeit verabscheute, mußte ihre Gegner immer mehr ermutigen. Zwar wurde das Erfurter Parlament am 20. März 1850 mit einer entschieden unionistischen Rede des Generals von Radowitz eröffnet, und die Majorität desselben nahm am 17. April den Verfassungsentwurf des Dreikönigsbündnisses mit Verzicht auf jede Einzelberatung an, setzte aber dadurch die unentschlossene preußische Regierung in solche Verlegenheit, daß dieselbe das Parlament am 29. April plötzlich vertagte, um es nicht wieder zusammenzuberufen.

Als Österreich hierauf sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundes einlud, zum 10. Mai ihre Gesandten nach Frankfurt zu schicken, antwortete Preußen mit der Berufung der Unionsfürsten nach Berlin, und die Kleinstaaten folgten fast alle seinem Ruf, während die vier Könige, ferner Dänemark, die Niederlande und die beiden Hessen die österreichische Partei ergriffen.

Die Unionsfürsten wurden aber den ganzen Sommer hindurch mit leeren Verhandlungen hingehalten und ihnen der Rücktritt von der Union förmlich nahegelegt.

Einer nach dem anderen benutzte diese Freiheit, um sich dem Frankfurter Kongreß anzuschließen oder Beziehungen zu ihm anzuknüpfen, um so mehr, da derselbe energisch vorging, sich für den alten nur suspendierten, nicht aufgehobenen Bundestag erklärte und als solcher unter Vorbehalt des ... Eintritts der wenigen Staaten, welche noch zur Union hielten, am 2. September 1850 seine Sitzungen unter dem Vorsitz Österreichs wieder eröffnete. Er bekam sofort Gelegenheit, seine Macht der preußischen Unionspolitik gegenüber zu erproben.

Der Kurfürst von Hessen hatte ... die Verfassung von 1831 zu stürzen versucht, war aber bei dem einmütigen, entschlossenen Widerstand des Landes am 12. September nach Frankfurt entflohen und rief nun hier die Hilfe des Bundes an. Er erwirkte auch am 21. September einen ihm günstigen Bundesbeschluß. Auf einer Zusammenkunft des Kaisers von Österreich mit den Königen von Bayern und Württemberg in Bregenz (10.-14. Oktober 1850) wurde verabredet, in Kurhessen von Bundes wegen zu intervenieren und das Land durch ein österreichisch-bayerisches Heer besetzen zu lassen.

Am 25. Oktober beschloß der Bund die Intervention, und am 1. November überschritt das Exekutionsheer die kurhessische Grenze. Zu gleicher Zeit ratifizierte der Bund den Frieden mit Dänemark, den Preußen, nachdem der Krieg 1849 von neuem ausgebrochen, aber bereits am 10. Juli 1849 durch einen Waffenstillstand beendet worden war, am 2. Juli 1850 zu Berlin abgeschlossen hatte; man überließ die Herzogtümer nicht bloß ihrem Schicksal, sondern erwog auch bereits eine Bundesexekution, um sie dem Verlangen der europäischen Mächte ge-

mäß zur Unterwerfung unter Dänemark zu zwingen.

Preußen schien zu mannhafter Verteidigung seiner Unionspolitik entschlossen: am 26. September war Radowitz, die Seele derselben, zum Minister des Auswärtigen ernannt worden, und preußische Truppen rückten in Kurhessen ein und besetzten die vertragsmäßigen Etappenstraßen.

Angesichts des drohenden Konflikts wendeten sich beide Mächte, Österreich und Preußen, an Rußland. Kaiser Franz Joseph begab sich selbst zu einer Zusammenkunft mit Kaiser Nikolaus nach Warschau (26.-28. Oktober 1850), Friedrich Wilhelm schickte seinen Ministerpräsidenten, den Grafen Brandenburg ...

Der hochmütige Zar, der sich berufen glaubte, die Revolution in ganz Europa bis zur Wurzel auszurotten, stellte sich entschieden auf die Seite Österreichs. Friedrich Wilhelm wurde nun wieder schwankend. Die Armee wurde zwar am 6. November mobil gemacht, aber Radowitz entlassen und durch Manteuffel ersetzt. Dieser erbot sich zur Befolgung der Bundesbeschlüsse betreffs Kurhessens und Schleswig-Holsteins und verlangte nur noch freie Verhandlung über die Verfassungsfrage.

Aber Schwarzenberg forderte die sofortige Anerkennung des Bundestages und Auflösung der Union, also bedingungslose Unterwerfung. Schon kam es in Kurhessen bei Bronnzell am 8. November zwischen preußischen und Bundestruppen zu einer Plänkelei. Aber da die Mobilmachung erhebliche Schwächen im preußischen Heerwesen aufgedeckt hatte, wagte der König keinen Krieg und zog die demütige Unterwerfung unter Österreichs Bedingungen vor.

Am 29. November unterzeichnete Manteuffel den Olmützer Vertrag, welcher Preußen den Verzicht auf sein Unionsprojekt und auf die mit Baden, Anhalt, Mecklenburg und Braunschweig abgeschlossenen Militärkonventionen, die Räumung von Baden und Hessen und die Rückführung der schleswig-holsteinischen Armee hinter die Eider durch preußisch-österreichische Kommissare auferlegte; die deutsche Verfassungsfrage sollte auf freien Ministerkonferenzen verhandelt werden. Ende November kehrten der Kurfürst und Hassenpflug unter dem Schutz der Exekution nach Kassel zurück und schalteten nach Beseitigung der Verfassung von 1831 nach Willkür und Laune im Land.

Am 6. Januar 1851 trafen die österreichisch-preußischen Kommissare in Kiel ein, lösten die schleswig-holsteinische Landesversammlung und das Heer auf und überlieferten das Land wehrlos den Dänen.

Die zur Beratung der Verfassungsfrage berufenen freien Dresdener Konferenzen wurden am 23. Dezember 1850 eröffnet, brachten aber bei dem hochmütigen Verhalten Österreichs, das auch nicht die geringste Konzession zu machen gewillt war, nach monatelangen Verhandlungen (bis 15. Mai 1851) nur einen Stoß Protokolle zustande, die als "schätzbare Material" für die deutsche Frage in das Bundesarchiv wanderten. Schon Ende März 1851 forderte Preußen die Staaten der Union auf, gleich ihm selbst den alten Bundestag wieder zu beschicken.

Unter dem Schutz des alten Bundestages, der am 10. Juli 1851 eine Bundeszentralkommission einsetzte, welche die Aufgabe hatte, die bestehenden Verfassungen zu revidieren und alles Staatsgefährliche daraus zu entfernen, feierte die Reaktion in der Verfolgung aller nationalen und freiheitlichen Bestrebungen ihre Triumphe.

Das Schicksal Schleswig-Holsteins wurde durch das Londoner Protokoll (8. Mai 1852) besiegelt. Die aus den freiwilligen Gaben der Nation gebildete deutsche Flotte wurde am 2. April 1852 zur Versteigerung verurteilt. Die kurhessische Verfassung von 1831 wurde durch Bundesbeschluß vom 27. März 1852 für mit den Grundgesetzen des Bundes unvereinbar erklärt. Die konstitutionelle Verfassung Mecklenburgs mußte der alten feudalständischen wieder weichen. Das hannoversche Ministerium Borries wurde bei seinem neuen Verfassungsbruch vom Bund eifrig unterstützt.

Fast in allen deutschen Staaten suchte ein reaktionäres Polizeiregiment die Erinnerungen an

das Jahr 1848 wieder zu tilgen und durch Beschränkung der Volksrechte, Präventivmaßnahmen und strenge bürokratische Kontrolle der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorzubeugen. Der Thron schloß zu diesem Zweck einen Bund mit dem Altar, und während an protestantischen Höfen die buchstabengläubige, herrschsüchtige Orthodoxie sich breit machte, verstand es die katholische Kirche vortrefflich, die in der Revolutionszeit errungene Freiheit von staatlicher Aufsicht durch besondere Konkordate sich zu sichern.

Der Nation bemächtigte sich aber teils eine pessimistische Verzweiflung, da die edelste, schönste Erhebung des gesamten Volkes ein so erbärmliches Ende gefunden (hatte), teils eine stumpfe Resignation, die sich auf die nächstliegenden Sorgen beschränkte. Die Auswanderung (1851: 113.000 Personen) bewies, welcher Überdruß sich aller Kreise bemächtigt hatte.

Nur auf einem Gebiet wurde die Selbständigkeit der deutschen Entwicklung gewahrt, auf dem der wirtschaftlichen Politik. Auch hier hatte Österreich den Versuch gemacht, das besiegte Preußen sich dienstbar zu machen. Im Mai 1850 stellte es den Antrag, mit seinem Gesamtstaat in den Zollverein aufgenommen zu werden.

Sämtliche Mittelstaaten, mit Ausnahme von Hannover, erklärten sich auf einer Konferenz in Darmstadt bereit, dieses Verlangen bei der 1854 erforderlichen Erneuerung der Zollvereinsverträge zu unterstützen. Entweder also war zu befürchten, daß das wenig entwickelte Österreich den Deutschen Zollverein zu seinem Vorteil ausbeutete und beherrschte, oder daß Deutschland in zwei Zollgebiete, ein österreichisches und ein preußisches, geteilt wurde.

Preußen ließ es auf diese letztere Gefahr ankommen und vereitelte dadurch den Plan seiner Gegner. Nach längeren Verhandlungen gab Österreich sein Verlangen auf und schloß mit Preußen und den Zollvereinsstaaten einen Handels- und Schiffsvertragsvertrag (19. Februar 1853), auf dessen Grundlage später eine engere Annäherung herbeigeführt werden sollte. Münz- und Postverträge folgten.

1856 wurde auf Antrag Bayerns ein Ausschuß eingesetzt, der ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch ausarbeiten sollte; dasselbe kam 1861 zustande. Während das öffentliche Leben der Nation nur unerfreuliche Bilder darbot, war die stille Friedensarbeit in Kunst und Wissenschaft, Gewerbe und Handel von günstigem Erfolg begleitet und die Saat einer besseren Zukunft gestreut.

Wenn in den 20er und 30er Jahren die Mittelstaaten als die Zufluchtsstätte freiheitlicher konstitutioneller Entwicklung gegolten hatten, so hatten sie jetzt, wo die Minister Pfordten in Bayern, Beust in Sachsen, Linden in Württemberg und Borries in Hannover den reaktionärsten Anschauungen huldigten und die liberalen Elemente im Volk nach Kräften zu unterdrücken suchten, alle Sympathien im deutschen Volk verwirrt.

Man erwartete nichts Heilbringendes von ihnen, und die Versuche, die einige Mittelstaaten, besonders Bayern, machten, nach der Niederlage Preußens den Dualismus der beiden deutschen Großmächte dadurch unschädlich zu machen, daß die Mittel- und Kleinstaaten zu einer dritten, rein deutschen Macht vereinigt und Deutschland so in drei Teile geteilt wurde, hatten nicht den geringsten Erfolg.

Die Ohnmacht der Mittel- und Kleinstaaten neben Österreich und Preußen zeigte sich deutlich während des Krimkrieges (1853-56). Österreich glaubte seine Interessen im Orient durch eine entschieden antirussische Haltung in Anlehnung an die Westmächte wahren zu müssen, während Preußen an einer strikten Neutralität festhielt.

Dies ermutigte die Mittelstaaten, Ende Mai 1854 auf den Bamberger Konferenzen den Versuch zu machen, auch Großmachtspolitik zu treiben: sie verlangten in russischem Interesse, daß, wenn von Rußland die Räumung der Donaufürstentümer verlangt werde, die Westmächte auch das türkische Gebiet räumen müßten, und daß dem Deutschen Bund beim Friedensschluß eine Stimme eingeräumt werde.

Indes Österreich und Preußen, die sich inzwischen über ein Schutz- und Trutzbündnis geeinigt

hatten, nötigten am 24. Juni dem Bund den Beitritt zu ihrer Allianz auf, "um jeden Zweifel zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlossen seien, kräftig zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem Vaterland bringen könnte". Von einer Beteiligung des Bundes am Pariser Friedenskongreß war keine Rede.

Für Deutschland hatte übrigens der Krimkrieg die Wirkung, daß er das russisch-österreichische Bündnis, welches 1850 so verhängnisvoll gewirkt (hatte), zerriß und die von Österreich geleitete Reaktion des russischen Rückhalts beraubte.

Das öffentliche Leben nahm einen freieren Aufschwung, und die Hoffnungen der Nation lebten wieder auf. Die inneren Verhältnisse Preußens und seine Stellung zum deutschen Volk erhielten mit dem Regierungsantritt des Prinz-Regenten (1858) eine ganz andere Richtung, und wiederum wendeten sich die Blicke der national gesinnten, liberalen Deutschen auf den Hohenzollernstaat, während in Österreich das künstliche absolutistische Machtgebäude mehr und mehr ins Wanken geriet.

Der Krieg zwischen Österreich und Frankreich um Italien (1859) drohte Deutschland von neuem in Zwist und Verwirrung zu stürzen, brachte aber schließlich eine heilsame Krise hervor. Der unerwartete Angriff Napoleons III. auf Österreichs Herrschaft in Italien rief in Süddeutschland anfangs lebhaft Besorgnisse hervor; man befürchtete, daß Napoleon III. damit nur nach dem Muster seines Oheims die Reihe seiner Eroberungen beginnen wolle, daß nach Niederwerfung Österreichs Deutschland ihm wehrlos preisgegeben sei, und glaubte, daß der Rhein am Po verteidigt werden müsse.

In der Presse wie in manchen Kammern kam diese Anschauung zum lebhaftesten Ausdruck, und Österreich säumte nicht, sie zu seinen Gunsten auszubeuten, indem es für seinen Krieg mit Frankreich die bewaffnete Hilfe des Bundes in Anspruch nahm.

Auch beschloß der Bund am 24. April Marschbereitschaft der Bundeskontingente und Armierung der Bundesfestungen.

Aber die von Hannover am 13. Mai beantragte Aufstellung eines Beobachtungsheeres am Rhein lehnte Preußen ab. Preußen war entschlossen, das deutsche Bundesgebiet gegen jeden Angriff zu verteidigen; als nach der Schlacht bei Magenta das französisch-italienische Heer sich der südlichsten deutschen Bundesgrenze näherte, machte es seine eigene Armee mobil und beantragte am 25. Juni auch die der Bundesarmee korps. Doch beanspruchte es die Führung dieses Krieges als selbständige Großmacht, während Österreich dem preußischen Prinz-Regenten nur die Stellung eines Bundesfeldherrn im Dienste des unter seinem Einfluß stehenden Bundestages einräumen wollte.

Als Franz Joseph erkannte, daß Preußen sich hierzu unter keinen Umständen verstehen würde, zog er es vor, um seine herrschende Stellung in Deutschland zu behaupten, mit Napoleon die Friedenspräliminarien von Villafranca zu schließen und in einem Manifest den unglücklichen Ausgang des Krieges dem Abfall seines "ältesten und natürlichen Bundesgenossen" aufzubürden.

Preußen nahm dagegen die Vorfälle während des Krieges zum Anlaß, die Reform des Bundes von neuem anzuregen und vor allem auf eine Reorganisation der Kriegsverfassung zu dringen. Es trat damit wieder in den Vordergrund der deutschen Politik und konnte dem österreichischen Einfluß durchaus ebenbürtig entgegentreten. Die nationalen und liberalen Elemente der Nation fühlten sich hierdurch aufgefordert, nach zehnjährigem Druck an die Öffentlichkeit zu treten und die Lösung der deutschen Frage in die Hand zu nehmen.

Nicht wenig ... wirkte dabei das Beispiel Italiens, wo die Nation nach tausendjähriger Zerrissenheit sich einmütig um das tatkräftige Sardinien scharte und durch einheitliches, entschlossenes Handeln Großes erreichte. Mit richtigem Takt erkannte man, daß es bei Gründung eines deutschen Bundesstaates vor allem darauf ankomme, den Dualismus der Großmächte zu beseitigen und sich für eine ... Spitze zu entscheiden; daß dies nur Preußen sein könne, konnte

kaum zweifelhaft sein.

Auf Betreiben des liberalen hannoverschen Abgeordneten R. von Bennigsen trat im August 1859 ein kleiner Kreis liberaler Männer in Eisenach zusammen mit dem Zweck, auf dem Wege gesetzmäßiger Agitation eine Reform des Bundes, die Herstellung einer Zentralgewalt und eines Reichsparlaments durch preußische Initiative zu erstreben. Bald breitete sich dieser Verein als "Deutscher Nationalverein" über alle Teile Deutschlands, besonders Preußens, aus und zählte zuletzt über 20.000 Mitglieder. Die erhebende Säkularfeier des Geburtstags Schillers am 10. November 1859 steigerte das Nationalgefühl und die Sehnsucht nach der deutschen Einheit.

Auf den zahlreichen Versammlungen, welche wissenschaftliche, volkswirtschaftliche und gesellige Vereine, Sängler- und Schützenbünde Deutschlands veranstalteten, wurde das Interesse für die nationale Sache wenigstens wach erhalten. Die großdeutschen Elemente in Süddeutschland gründeten, um ihren Eifer für dieselbe Sache zu betätigen, den "Reformverein".

Auch die Mittelstaaten mußten sich nun zu einer veränderten Politik bequemen. Im Inneren lenkten sie wieder in liberale konstitutionelle Bahnen ein. Die Konkordate Württembergs und Badens mit dem römischen Stuhl wurden im letzten Augenblick noch rückgängig gemacht. Baden ging unter dem vortrefflichen Ministerium Lamey-Roggenbach auf der Bahn freiheitlicher Entwicklung und nationaler Politik allen anderen Staaten mit leuchtendem Beispiel voran. Die deutsche Verfassungsfrage kam auch am Bundestag wieder in Fluß.

Die Mittelstaaten ... bemühten sich, die Forderungen der Nation durch kleine Zugeständnisse zu beschwichtigen. Im Spätherbst 1860 vereinbarten mehrere mittelstaatliche Minister auf den Würzburger Konferenzen einen Verfassungsentwurf, welcher unter anderem die Einsetzung eines Bundesgerichts und die Verbesserung der Reichskriegsverfassung enthielt. Hannover, welches sich als den deutschen Admiralstaat betrachtete, beantragte die Begründung einer Flotte. ...

Österreich verhielt sich diesen Anträgen gegenüber meist neutral; es wußte, daß sie nicht ernst gemeint waren. Preußen sprach sich entschieden gegen sie aus und bewirkte ihre Ablehnung. Umgekehrt lehnten die Mittelstaaten alle preußischen Anträge auf Reform der Bundeskriegsverfassung und Gründung einer Flotte ab und trafen Anstalten, als Preußen 1862 im Namen des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Frankreich schloß, sich auch dieser Hegemonie Preußens zu entziehen und den Eintritt Österreichs in den Zollverein zu erzwingen.

Preußen ließ sich hierdurch aber nicht einschüchtern, schritt ruhig auf dem Weg selbständiger Ausbreitung seines Einflusses fort und begnügte sich zunächst mit kleinen Erfolgen. Es zwang den Kurfürsten von Hessen im November 1862, endlich der zehnjährigen inneren Krise durch Wiederherstellung der Verfassung von 1831 ein Ende zu machen, und schloß mit einigen Kleinstaaten Militärkonventionen. ...

Als erstes Erfordernis für eine kräftige und erfolgreiche Politik sah der Prinz-Regent, seit 2. Januar 1861 König Wilhelm I., die Heeresreorganisation an. Über diese kam es aber zum Streit mit dem Abgeordnetenhaus, der durch beiderseitiges Festhalten an dem Gewollten zu einem förmlichen Kampf zwischen Königtum und Volksvertretung anwuchs und 1862-66 die innere Geschichte Preußens ausfüllte.

Die schroffe Art, mit welcher Bismarck der parlamentarischen Opposition entgegentrat, die polizeilichen Maßregelungen u.a. ließen die Wiederkehr der schlimmsten Reaktion befürchten und entfremdeten Preußen die liberalen Elemente des deutschen Volkes. In diesen wurde jetzt die Anschauung herrschend, daß die Hegemonie in Deutschland nicht ein ehren- und mühevolleres Amt sei, das dem mächtigsten deutschen Staat zukomme, sondern ein Preis für Wohlverhalten, der jederzeit wieder entzogen werden könne. Selbst im Nationalverein wagte man kaum noch von preußischer Spitze zu reden ...

Dennoch erkannten die österreichischen und mittelstaatlichen Politiker, daß Preußen in Bis-

marck einen energischen, kühnen Staatsmann besaß, von dem man das Schlimmste befürchten mußte, und sie faßten daher den Plan, um Österreichs Stellung an der Spitze Deutschlands zu retten und die Mittel- und Kleinstaaten vor einer preußischen Union zu bewahren, Preußen, solange es noch durch den Verfassungskonflikt gelähmt war, mit einer großdeutschen Bundesreform zuvorzukommen. ...<<

Österreich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1850-1858 (x812/519-520): >>(Österreich) ... Österreich verlangte nicht bloß Wiederherstellung des Bundestages, sondern auch Aufnahme Gesamtösterreichs in den Bund, und seine Forderungen wurden von den süddeutschen Königlichen und von Rußland unterstützt. Preußen wagte keinen Krieg für seine Unionspolitik und unterwarf sich in Olmütz (November 1850).

Schwarzenberg konnte sich rühmen, den preußischen Nebenbuhler aufs tiefste gedemütigt zu haben, und spielte an der Spitze der deutschen Mittelstaaten, welche bei Österreich Schutz vor den deutschen Einheitsbestrebungen suchten, die entscheidende Rolle im wiederhergestellten Deutschen Bund.

Aber es belud sich auch mit dem Fluch freiheits- und deutschfeindlicher Reaktion durch die Unterdrückung der Kurhessen und die Auslieferung Schleswig-Holsteins an Dänemark. Und die Aufnahme Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund erreichte es doch nicht, da die Westmächte gegen das Siebzigmillionenreich protestierten, ebensowenig wie die Zolleinigung mit Deutschland, zu welchem Zweck am 1. Oktober 1849 die ungarische Zolllinie aufgehoben und am 6. November 1851 ein neuer Zolltarif erlassen worden war.

Die glänzenden Erfolge, welche Schwarzenberg Politik davongetragen (hatte), gaben der von ihm geleiteten Hof- und Militärpartei die Macht in die Hände. Nach Graf Stadions Tod (17. Mai 1849), welcher wenigstens ein vernünftiges Verwaltungssystem durchführen wollte, herrschte die Reaktion in Österreich unumschränkt. Sein Nachfolger Alexander Bach hatte nur das eine Ziel, Österreich zu einem einheitlichen, aber absolut monarchischen Staat zu machen.

...

Schwarzenberg starb am 5. April 1852 auf der Höhe seines Glücks, aber auch nach seinem Tod schien sein Werk gesichert. Bach und der Kultusminister Graf Leo Thun arbeiteten im Sinn des Zentralismus und Absolutismus scheinbar erfolgreich, die meist slawische Bürokratie entfaltete eine rührige Tätigkeit für Verschmelzung der Länder, und gegenüber der Zerfahrenheit und Tatenlosigkeit früherer Zeiten schien das neue System an sich nicht unzeitgemäß und ungeeignet zu sein.

Aber wirkliche Reformen wurden gar nicht versucht und nichts getan, um durch wirtschaftliche Befreiung und materielle Wohltaten die Bevölkerung mit dem Absolutismus zu versöhnen. Die Finanzlage war eine traurige, ergab Jahr für Jahr ein Defizit und zwang zur Ausgabe von Papiergeld, das immer tiefer im Wert sank und Handel und Gewerbe hemmte.

Die Geistlichkeit gelangte zu schrankenlosem Einfluß, der seinen Höhepunkt in dem am 18. August 1855 mit dem päpstlichen Stuhl abgeschlossenen Konkordat erreichte, das die Souveränität des Staates mehr einschränkte als irgendeine Verfassung und den Unterricht dem Klerus überlieferte.

Wie zweifelhaft die Erfolge der äußeren Politik von 1850 waren, zeigte sich, als 1853 von neuem eine orientalische Krise ausbrach. "Die Welt soll über unsere Undankbarkeit erstauen", hatte Schwarzenberg einst im Übermut gesagt, und sein Nachfolger als Minister des Auswärtigen, Graf Buol-Schauenstein, sah sich durch die Verhältnisse gezwungen, das Wort zu erfüllen.

Kaiser Nikolaus erwartete von Österreich, daß es seinen Unternehmungen gegen die Türkei nicht entgentreten werde. Aber Österreich konnte sich nicht dazu erschließen, da seine Interessen im Orient durch die Besetzung der Donaufürstentümer zu empfindlich getroffen wur-

den. Jedoch auch im Bund mit den Westmächten Rußland offen den Krieg zu erklären, wagte es nicht, zumal es dem tödlich beleidigten Preußen nicht traute.

Die Politik der Halbheit, die demnach Österreich im Krimkrieg einschlug, indem es durch ein Ultimatum die Räumung der Donaufürstentümer erzwang und diese dann selbst besetzte, allem Drängen der Westmächte auf Beteiligung am Krieg aber widerstand und Sardinien sich zuvorkommen ließ, hatte zur Folge, daß es Rußland schwer verletzte und sich dessen Haß zuzog, das Vertrauen der Westmächte aber nicht gewann und auch keinen materiellen Vorteil aus dem Krieg zog. Vielmehr verschlang die Besetzung der Donaufürstentümer eine Anleihe von 500, in Wirklichkeit 611 Millionen Gulden, da der Finanzminister den Überschuß der Zeichnungen ungescheut ebenfalls verwendete.

In wenigen Jahren hatte Österreich von dem Nimbus, den ihm der Sieg über die Revolution verschaffte, erheblich eingebüßt. Nach außen isoliert, hatte es im Inneren an Kraft nicht zugenommen. Ungarn war unversöhnt und verharrte in passivem Widerstand. Die Bürokratie, welche Bach geschaffen, war ohne allen Halt im Volk und wurde von den Liberalen wie den Feudalen gleichmäßig gehaßt. Sie war nicht imstande gewesen, das Experiment eines absolutistischen Einheitsstaates durchzuführen.

Die Armee hatte keine Gelegenheit ... gehabt, ihre Tüchtigkeit zu bewähren, so daß das dem Deutschösterreicher eingeborene pessimistische Mißtrauen gegen alle staatlichen Institutionen sich allmählich auch auf das Heerwesen übertrug, zumal man dem allmächtigen kaiserlichen Generaladjutanten, dem höchst unpopulären Grafen Grünne, im Volk und in der Armee die verderblichste Wirksamkeit zutraute. ...<<

Slowakei: Janko Matuska (1821-1877) verfaßt um 1850 den Text der späteren Nationalhymne der Slowakischen Republik (x230/157):

>>Ob der Tatra blitzt es, dröhnt des Donners Krachen!

Doch der Stürme Wehen wird gar bald vergehen.

Brüder, wir erwachen.<<

Rußland: Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über die Geschichte Rußlands von 1850-1874 (x834/99-103): >>(Rußland) ... Das Zerwürfnis zwischen Österreich und Preußen gab dem Kaiser Nikolaus Gelegenheit, zu Warschau im Juni und im Oktober 1850 als Schiedsrichter zwischen beiden Mächten aufzutreten und für die Wiederherstellung des Deutschen Bundestages zu wirken.

In der schleswig-holsteinischen Frage unterstützte Rußland entschieden die Ansprüche Dänemarks, und die russische Diplomatie brachte endlich das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 zustande, wodurch die Erbfolge im dänischen Gesamtstaat dem Prinzen Christian von Glücksburg zugesprochen wurde. Diese Erfolge bezeichneten den Höhepunkt des russischen Einflusses.

Als in Frankreich die Republik beseitigt und im Widerspruch mit den Verträgen von 1814 und 1815 das Kaisertum in der Person Napoleons III. wiederhergestellt wurde, versuchte Kaiser Nikolaus vergeblich Österreich und Preußen zu einem gemeinsamen Schritte gegen dasselbe zu bewegen.

Bei dieser übermächtigen Stellung Rußlands in Europa hielt Kaiser Nikolaus den Augenblick für geeignet, im Orient rascher und unverhüllter den Zielen der russischen Politik entgegenzugehen. Auf Andrängen des französischen Gesandten Lavalette hatte die Pforte am 8. Februar 1852 ... (für die) Heiligen Stätten in Jerusalem ... (rücksichtslose) Konzessionen gemacht, indem sie die Schlüssel zur Kirche in Bethlehem dem griechischen Patriarchen abnahm und dem katholischen übergab, wodurch die griechische Kirche sich als zurückgesetzt ansah.

Damals tat Österreich einen entscheidenden Schritt, um seinen Einfluß in Konstantinopel wiederherzustellen, indem es aus Anlaß der Wirren in Montenegro usw. verschiedene Forderungen bei der Pforte geltend machte, die auch sofort im Februar 1853 gewährt wurden.

Um so mehr fühlte Kaiser Nikolaus sich gedrängt, diese Erfolge Österreichs und Frankreichs durch eine unzweifelhafte Demütigung der Türkei zu verdunkeln. Seine Pläne gingen aber noch weiter: er ließ der britischen Regierung durch ihren Gesandten in Petersburg, Sir Hamilton Seymour, einen Vorschlag über die Teilung des Osmanischen Reiches machen. Der Beihilfe Preußens und Österreichs glaubte er auf alle Fälle sicher zu sein; Frankreich aber sollte wie 1840 isoliert werden und ganz leer ausgehen. Nach längeren Verhandlungen (Januar bis April 1853) lehnte Großbritannien diese Vorschläge ab.

Inzwischen war jedoch die russische Politik schon energisch vorgegangen. Am 28. Februar 1853 erschien Fürst Menschikow als außerordentlicher Botschafter in Konstantinopel, wo er mit schroffer Rücksichtslosigkeit auftrat. Am 16. März übergab er eine Note, welche wegen der Heiligen Stätten Beschwerde führte und Garantien für die Rechte der griechischen Kirche forderte.

Als die Pforte, von England und Frankreich ermutigt, diese Forderung verweigerte, brach Menschikow die diplomatischen Beziehungen ab, und der Zar verkündete, nachdem ein der Pforte gestelltes Ultimatum abgelehnt war, in einem Manifest vom 26. Juni, daß er seine Truppen in die Donaufürstentümer einrücken lasse, um für die Wiederherstellung der Rechte Rußlands und der griechischen Kirche ein Pfand in Besitz zu nehmen.

In der Tat drang schon am 2. Juli 1853 ein russisches Heer unter Fürst Michail Gortschakow in die Moldau und Walachei ein. Alle Vermittlungsversuche blieben erfolglos, und auch eine in Wien am 21. Juli 1853 eröffnete Konferenz der Großmächte zog sich bis April 1854 hinaus, ohne eine Ausgleichung herbeizuführen.

Inzwischen hatten seit Oktober 1853 die Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei begonnen, und am 12. März 1854 traten auch die Westmächte in den Krieg gegen Rußland (sogenannter Krimkrieg oder Orientkrieg) ein, der nun große Dimensionen annahm. Im September 1854 faßten die verbündeten Franzosen, Briten und Türken, denen sich später die Sardinier anschlossen, festen Fuß ... (auf) der Krim und begannen die Belagerung von Sewastopol. Mitten in diesen Schwierigkeiten starb Kaiser Nikolaus am 2. März 1855.

Sein Sohn und Nachfolger Alexander II. (1855-81) setzte den Krieg fort, da die abermaligen Friedenskonferenzen zu Wien im März und April 1855 ohne Resultat blieben. Nach dem Fall Sewastopols (10. September 1855) wurden unter Vermittlung Österreichs die Unterhandlungen aufgenommen und führten am 30. März 1856 zum Abschluß des (dritten) Pariser Friedens.

Der Orientkrieg hatte Rußland in den Zustand tiefster Erschöpfung versetzt, und so war es natürlich, daß die russische Politik in den nächsten Jahren sich von jeder tatkräftigen Einmischung in die europäischen Verwicklungen zurückhielt, dagegen aber im Orient eine lebhaftere Tätigkeit entwickelte. Obwohl Persien, seitdem der britisch-persische Krieg (1856-57) unter französischer Vermittlung beigelegt war, sich mit den Westmächten in engere Beziehungen setzte, wußte doch Rußland seinen Einfluß am Hof von Teheran zu behaupten.

Während des Krieges der Westmächte gegen China (1857-60) nahm Rußland eine vermittelnde Stellung ein und gewann auf diesem Wege große Vorteile. Durch die Verträge von Aigun vom 28. Mai 1858, von Tientsin vom 13. Juni 1858 und von Peking vom 14. November 1860 wurde China dem russischen Handel eröffnet und zugleich ein großer Teil der Mandschurei, das sogenannte Amurland, an Rußland abgetreten. Auch wurde 1863 eine ständige russische Gesandtschaft in Peking errichtet. Durch den Handelsvertrag vom 26. Januar 1855 wurde der Verkehr mit Japan eröffnet und durch den Vertrag vom 7. Mai 1875 die Insel Sachalin an Rußland abgetreten, das dafür die Kurilen an Japan überließ.

Im Kaukasus ... dauerte der Kampf gegen die unabhängigen Bergvölker ununterbrochen fort, und erst nach drei beschwerlichen Feldzügen kam es endlich zu einem entscheidenden Erfolge. Am 6. September 1859 mußte sich Schamyl in seiner Bergfestung Gunib den Russen er-

geben. Damit war die Unterwerfung des Kaukasus im großen und ganzen vollendet. In Mittelasien schritt Rußland unaufhaltsam vorwärts. Der Khan von Chiwa hatte bereits 1854 den russischen Kaiser als seinen Oberherrn anerkannt. Aus weiteren eroberten Ländern wurde 1867 die Provinz Turkestan mit der Hauptstadt Taschkent gebildet und 1876 die Provinz Ferghana. So verstärkte sich die Macht Rußlands in Mittelasien von Jahr zu Jahr zum Mißvergnügen Englands, welches bereits 1873 einen Notenwechsel hierüber eröffnete.

In der europäischen Politik bewahrte Rußland nach wie vor eine maßvolle und reservierte Haltung. Nach dem Sturz des Königs Otto von Griechenland hatte Rußland mit den beiden anderen Schutzmächten bei der Wiederbesetzung des griechischen Thrones (1862-63) mitzuwirken.

Die Einladung Frankreichs zu einer diplomatischen Intervention in dem Nordamerikanischen Bürgerkrieg lehnte Rußland ab (November 1862).

Vielmehr wurden die alten Sympathien für die Vereinigten Staaten sorgsam gepflegt, und Rußland verkaufte im März 1867 seine Besitzungen im nordwestlichen Nordamerika für 7 1/5 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten.

Der polnische Aufstand gab Anlaß zu diplomatischen Erörterungen. Nur Preußen stellte sich in dieser Schwierigkeit auf Rußlands Seite und schloß die geheime Konvention vom 8. Februar 1863.

Dagegen vereinigten sich Frankreich, Großbritannien und Österreich, auf Antrieb Napoleons III., und erließen am 10. April wesentlich übereinstimmende Noten, worin sie unter Hinweis auf die Verträge von 1815 eine mildere Behandlung Polens befürworteten. Der russische Staatskanzler Fürst Gortschakow antwortete darauf vom 26. bis 27. April, daß Rußland sich die Auslegung der Verträge selbst vorbehalten müsse.

Bei den langwierigen diplomatischen Differenzen wegen der schleswig-holsteinischen Frage hatte Rußland bisher auf seiten Dänemarks gestanden. Als aber 1864 der Deutsch-Dänische Krieg ausbrach, begnügte es sich, diplomatisch zu vermitteln und an der fruchtlosen Londoner Konferenz teilzunehmen. Auch trat Alexander II. zu Kissingen am 19. Juni 1864 die Erbansprüche auf Schleswig-Holstein, welche ihm als Haupt der Gottorpischen Linie des Oldenburger Hauses zustanden, an den Großherzog Peter von Oldenburg ab.

Schon seit 1864 war die russische Regierung, wegen ihres Verfahrens gegen die katholische Kirche in Polen, mit der päpstlichen Kurie in Streitigkeiten verwickelt. Bei der Neujahrsfeier 1866 kam es deshalb zu einer heftigen Szene zwischen Papst Pius IX. und dem russischen Geschäftsträger Freiherrn Felix von Meyendorff. Infolgedessen wurden am 9. Februar die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, und am 13. März verließ Meyendorff die Stadt Rom. Darauf erklärte am 4. Dezember 1866 ein kaiserlicher Ukas das zwischen Rußland und dem Papst am 15. August 1847 abgeschlossene Konkordat für erloschen.

Als im Sommer 1866 der Konflikt zwischen Preußen und Österreich zum Ausbruch kam, verharrte Rußland in einer neutralen, aber entschieden preußenfreundlichen Haltung.

Mit besonderer Lebhaftigkeit nahm die russische Diplomatie sich der aufständischen christlichen Bevölkerung der Insel Kreta an und riet der Pforte, die Insel an Griechenland abzutreten, dessen König Georg I. am 27. Oktober 1867 sich mit einer russischen Prinzessin vermählte. Aber England war dagegen, die Pariser Konferenz vom Januar 1869 suchte ... (im) griechisch-türkischen Streit zu vermitteln, und Rußland, zum Kriege nicht gerüstet, mußte selbst Griechenland zur Annahme des Konferenzprotokolls raten.

Das Verhältnis zu Preußen gestaltete sich immer inniger und wurde auch durch die panslawistische Richtung, die in der öffentlichen Meinung Rußlands immer mehr Boden gewann, nicht erschüttert. Beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges von 1870 und 1871 erklärte Rußland seine Neutralität (23. Juli) und zwang durch seine entschiedene Haltung Österreich gleichfalls in derselben zu verharren. Dafür war die deutsche Diplomatie Rußland behilflich,

die demütigende Bestimmung des Pariser Friedens, die Rußland verbot, im Schwarzen Meer seine Flotte zu vergrößern und Kriegshäfen anzulegen, abzustreifen.

Die Zusammenkunft des Kaisers Alexander II. mit den Kaisern Wilhelm I. und Franz Joseph vom 5. bis 12. September 1872 in Berlin bewies die Aussöhnung Rußlands mit Österreich und die gegenseitige Verständigung der drei Herrscher. ...

Sehr wichtig und wohltätig war die Regierungstätigkeit Alexanders II. im Inneren. Gleich bei seiner Krönung zu Moskau am 7. September 1856 verkündete der Kaiser ausgedehnte Gnadenenerlasse, verminderte die Abgaben und ließ die Rekrutenaushebung auf mehrere Jahre einstellen.

Die hartbedrückten Juden erfuhren eine mildere Behandlung, und die bisherige strenge Ab-sperrung gegen das Ausland hörte auf. In allen Zweigen der Verwaltung wurden Reformen angebahnt. Ein großes Eisenbahnnetz wurde projektiert und der Ausbau desselben einer internationalen Aktiengesellschaft übertragen. Auch das Königreich Polen erhielt Beweise des kaiserlichen Wohlwollens.

Besondere Fürsorge wurde dem Bauernstand zugewandt, der (außer in Finnland und den Ostsee-provinzen) noch überall in Rußland unter der Leibeigenschaft stand. Im September 1859 wurden Abgeordnete der Adelskorporationen aus allen Provinzen nach Petersburg berufen, um an der Festsetzung eines Emanzipationsgesetzes teilzunehmen; nachdem der Entwurf in letzter Instanz vor dem Reichsrat verhandelt war, wurde das Manifest betreffend die Aufhebung der Leibeigenschaft am 19. Februar (3. März) 1861 vom Kaiser vollzogen.

Danach erlangten die leibeigenen Dienstleute, deren Zahl etwa 1½ Millionen betrug, nach zwei Jahren ihre völlige persönliche und bürgerliche Freiheit; ebenso die an die Scholle gebundenen Bauern, welche über 20 Millionen zählten. Letztere erhielten überdies das Recht, die Gehöfte, die sie in Nutznießung hatten, durch Ablösung als Eigentum zu erwerben. Die kaiserlichen Apanage- und Kronbauern, über 22 Millionen, erhielten durch Ukas vom 8. Juli 1863 vorteilhafte Ablösungsbedingungen.

... Die Aufhebung der Leibeigenschaft kam zu unvorbereitet. Durch die den Gutsherren auferlegten großen Opfer, den Mangel an ausdauernder Arbeitskraft, die Gewöhnung, alles von der Regierung zu erwarten, den Ausschluß jedes Einflusses der Gutsherren auf die Bauern, die feindliche Stellung, welche infolgedessen die Bauern den Gutsherren gegenüber einnahmen, wurde der größte Teil des Adels völlig ruiniert. Aber auch die ökonomische Lage der Bauern blieb eine sehr gedrückte. Trotz wiederholter Ermäßigung der Loskaufszahlungen, mehrfachen Erlasses von Steuerrückständen, besserte sich die Lage der Bauern nicht.

Ein anderes Bild zeigen die liv-, kur- und estländischen Agrarverhältnisse. In Livland hatte der Adel schon am Anfang des Jahrhunderts mit einer Besserung der Lage der Leibeigenen (Bauernverordnung von 1804) begonnen, und durch die Bauernverordnungen von 1816, 1817 und 1819 war die Aufhebung der Leibeigenschaft in allen drei Provinzen erfolgt. Der Bauer war persönlich frei und unter der Polizei und Aufsicht des Gutsherrn stehend zur Leistung des Gehorsams verpflichtet.

1849 wurde in Livland durch den Landmarschall von Foelckersahm der Übergang zur Geldpacht und der Erwerb des Grundeigentums angebahnt, gleichzeitig wurde vom Adel ein System von Gemeindeschulen und der Schulzwang eingeführt. Jeder Bauernhof bildete hier eine geschlossene wirtschaftliche Einheit, so groß, daß derselbe einen geordneten Wirtschaftsbetrieb lohnte. Seit diesem Jahre begann in Livland der Bauernlandverkauf in großem steigendem Maßstabe. Die Schwesterprovinzen folgten.

Im Königreich Polen versuchten der Großfürst Konstantin und Marquis Wielopolski vergebens ein versöhnliches System. Infolge der neuen Rekrutenaushebung brach im Januar 1863 ein Aufstand aus, welcher auch die westrussischen (vormals polnischen) Gouvernements zu ergreifen drohte; aber binnen Jahresfrist wurde derselbe wieder unterdrückt. Die russische

Regierung griff nun zu strengen Repressivmaßnahmen und arbeitete, wie zur Zeit des Kaisers Nikolaus, entschieden auf die Russifizierung dieser Provinzen hin.

Im Großfürstentum Finnland hatte Alexander II. bereits April 1861 die Wiederherstellung der landständischen Verfassung, die seit der russischen Eroberung außer Wirksamkeit gekommen war, zugesagt. Der erste Landtag tagte von September 1863 bis April 1864. Um den letzten sprachlichen Zusammenhang zwischen Finnland und seinem vormaligen Mutterland Schweden zu lösen, wurde neben der bisher ausschließlich berechtigten schwedischen Amtssprache im Februar 1864 das Finnische gleichfalls als offizielle Sprache anerkannt, und von 1872 an sollte die Kenntnis derselben obligatorisch für alle Beamte und Lehrer sein.

Auch im eigentlichen Rußland war das öffentliche Leben aus der früheren Erstarrung allmählich in Fluß geraten. Ein ungewohnter Geist des Liberalismus und der Opposition zeigte sich in der Presse und an den Universitäten. Als das Unterrichtsministerium, dadurch beunruhigt, ein strengeres Reglement bei den Universitäten durchzuführen suchte (Herbst 1861), kam es in Petersburg und Moskau zu wiederholten Studentenumulden.

Auch die Adelskorporationen der Gouvernements, welche von Januar bis März 1862 zusammentraten, begannen eine bisher unerhörte Sprache zu führen. Dagegen drängte eine ultrarussische Partei, deren hervorragendster Publizist Katkow war, zu den strengsten Maßnahmen gegen Polen und wollte alles Nichtrussische beseitigen.

Alexander II. verkündigte ... am 10. Februar 1865, daß das Recht der Initiative bei allen Reformen ausschließlich ihm selbst zustehe und mit der autokratischen Gewalt unzertrennlich verbunden sei. Nach dieser Zurückweisung mußten alle politischen Forderungen verstummen. Dagegen ging Alexander II. auf dem betretenen Wege langsam vorwärts.

Durch die Gerichtsordnung vom 2. Dezember 1864 wurde das Justizwesen umgestaltet und reformiert. Ein Ukas vom 21. Januar 1864 befahl die Einführung von Kreis- und Gouvernementsvertretungen, bestehend aus Grundbesitzern, Stadtbürgern und Bauern, die sich vorzugsweise mit den ökonomischen Interessen und Bedürfnissen ihres Bezirkes beschäftigen sollten.

Im September und Oktober 1865 wurden die Kreis- und Gouvernementsrepräsentationen ... einberufen. Inzwischen wurden die Bauernemanzipation und das Ablösungsverfahren vollends durchgeführt, so daß März 1871 die letzten Spuren der Leibeigenschaft verschwanden. Von hervorragender Wichtigkeit war auch der vom Kaiser am 1. Juni 1869 bestätigte Beschluß des Reichsrates, welcher die Erbllichkeit des geistlichen Standes aufhob und den Söhnen der Weltgeistlichkeit freistellte, sich dem Staatsdienste oder der bürgerlichen Tätigkeit zuzuwenden.

Im Kaukasus trat der Fürst (Dadian) von Mingrelien 1867 seine bisherigen Souveränitätsrechte gegen 1 Million Rubel Entschädigung an den russischen Kaiser ab, und die Sklaverei wurde daselbst, zuletzt im Distrikt Suchum-Kale 1870, völlig abgeschafft.

Neben der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes und der Aufhebung der Leibeigenschaft war die dritte Maßregel, die wesentlich zur Stärkung der Reichsmacht beitrug, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, welche in einem kaiserlichen Manifest vom 13. Januar 1874 als Gesetz verkündigt wurde. Damit waren die verschiedenen, auf eine neue Militärorganisation hienzielenden Verordnungen (von 1868, 1870 usw.) und Reformen zum Abschluß gebracht.

Im Gegensatz zu diesen Reformen, die sich die Zustände des Westens zum Muster nahmen, aber freilich vielfach auch die fremden Formen ... auf die ganz anders gearteten russischen Verhältnisse übertrugen, verharrte eine starke altrussische Partei. Sie hatte bestanden, seit Rußland unter Peter I. ein europäischer Staat geworden war. Neue Kraft hatte sie unter Kaiser Nikolaus aus dem Ideengehalt gewonnen, den das damals entstandene Slawophilentum ihr zuführte.

Unter Alexander II. war diese emporkommende nationalrussische Strömung zwar zurückge-

drängt, aber nicht unterdrückt worden. Der polnische Aufstand, von gewandten Agitatoren hierzu benutzt, fachte sodann das Nationalitätsgefühl zum Fanatismus an. Das Bestreben, das ganze Staatsleben auf nationalrussischen Boden zu stellen, nahm zunächst die Richtung auf Unterdrückung aller nichtrussischen Elemente im Reiche.

Nach Niederwerfung des polnischen Aufstandes forderte die öffentliche Meinung die völlige Verschmelzung Polens mit Rußland. Diese Politik fand zum Teil auch die Zustimmung der Regierung, die dadurch einer Wiederholung des Aufstandes vorzubeugen meinte. Gleichzeitig mit der administrativen Verschmelzung des Königreiches Polen mit Rußland, die durch den Ukas vom 12. März 1868 vervollständigt wurde, ging eine Bedrückung der katholischen Kirche im Königreich sowie in den neun westlichen Gouvernements mit polnischer Bevölkerung, wodurch der Konflikt zwischen Rußland und Papst Pius IX. verschärft wurde.

Den polnischen Bischöfen und Geistlichen wurde jeder direkte Verkehr mit Rom untersagt, in Petersburg ein römisch-katholisches Kollegium errichtet, von welchem jene allein ihre Weisungen einzuholen hatten, und der Besuch des Vatikanischen Konzils 1869 ... verboten.

In den Ostseeprovinzen wurden die Nachkommen der durch die russische Propaganda der vierziger Jahre zum Abfall vom evangelischen Glauben verlockten Bauern mit Gewalt bei der griechischen Kirche festgehalten.

Trotz seiner ernstlichen Absicht, diese Gewissensnot zu beseitigen, vermochte der Kaiser doch nicht, den Widerstand der Heiligen Synode zu besiegen. Erst die Unterredung Bismarcks mit dem russischen Gesandten in Berlin ... 1865, in welcher der preußische Ministerpräsident von der Verstimmung seines Königs über den religiösen Druck in den Ostseeprovinzen Mitteilung machte, hatte den geheimen Befehl Alexanders II. zur Folge, der wenigstens die Forderung griechischer Kindererziehung bei Mischehen aufhob.

1874 endlich befahl der Kaiser die Straffloslassung geistlicher Handlungen evangelischer Prediger an den unfreiwilligen Gliedern der griechischen Kirche; auch der Rücktritt zum Luthertum wurde nicht mehr bestraft. Das russische Gesetz aber wurde durch diese Befehle nur unwirksam gemacht, nicht aufgehoben, obgleich es den Ostseeprovinzen, denen Peter der Große für ewige Zeiten Gewissensfreiheit zugesichert hatte, rechtswidrig aufgedrungen war.

Ebensowenig wie die Gewissensfreiheit der Kirche gegenüber wagte der Kaiser der herrschenden Stimmung gegenüber das Landesrecht offen anzuerkennen. Schon ein Ukas vom 3. Januar 1850 hatte verordnet, daß die Gouvernementsregierung und die übrigen Kronbehörden mit den Ministerien und den Behörden anderer Gouvernements ihren amtlichen Schriftwechsel in russischer Sprache führen sollten, daß möglichst nur Beamte angestellt würden, welche des Russischen mächtig seien.

Am 13. Juni 1867 erfolgte ein kaiserlicher Erlaß, welcher die unbedingte Durchführung des Ukases von 1850 verlangte. Man begann nun die einheimischen Beamten durch Nationalrussen zu verdrängen. Auch die liberale russische Journalistik erhob ihre Stimme, um den Bruch des Landesrechts der Ostseeprovinzen zu verlangen. Katkow war es gelungen, durch Erregung des russischen Nationalgefühls auf Gesellschaft und Regierung einzuwirken.

Am 15. Januar 1870 beschloß die livländische Ritterschaft ein ... (Gesuch), worin sie unter Berufung auf die alten Landesprivilegien um Wahrung ihrer nationalen und ständischen Rechte bat; am 11. März folgte ein ... (Gesuch) der estländischen Ritterschaft. Aber alle Berufungen blieben erfolglos; ein kaiserlicher Bescheid vom 19. März 1870 wies das Gesuch der livländischen Ritterschaft entschieden zurück. Die Russifizierungsmaßregeln wurden nun gegen die höheren Schulen gerichtet, in denen der Unterricht in der russischen Sprache auf Kosten der allgemein bildenden Fächer bedeutend verstärkt wurde. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Michael Katkow (x809/617):
>>Katkow, Michael Nikiforowitsch, bekannter russischer Publizist, entstammt einer kleinadligen Familie, wurde 1818 zu Moskau geboren und studierte dort sowie später in Königsberg

und Berlin. ...

Als Professor der Philosophie in Moskau angestellt, wurde er 1848 gleich seinen Kollegen an den innerrussischen Universitäten abgesetzt. 1856 gründete Katkow eine Buchdruckerei und gab die Monatsschrift: "Russki Wjestnik" ("Der russische Bote") heraus. 1861 pachtete er auch die der Universität Moskau gehörige (russische) "Moskauer Zeitung" ...

Bis 1863 war er ein ... ein Reformfreund; aber seit dem polnischen Aufstand 1863 nahm die "Moskauer Zeitung", der nationalen Strömung folgend, eine ganz andere Stellung ein. Sie forderte eine gewaltsame Russifizierung Polens, Litauens und der Ostseeprovinzen und verteidigte ihren reaktionären und slawophilen Bundesgenossen zuliebe Steuerprivilegien, den Agrarkommunismus etc. Besonders leidenschaftlich trat Katkow gegen das Deutschtum auf. 1866 wurde die "Moskauer Zeitung" wegen ihrer Ausfälle gegen den Minister Walujew unterdrückt, Katkow wurde indes bald wieder amnestiert.

Im Streit über eine mehr realistische oder mehr klassische Richtung der Gymnasialbildung vertrat Katkow den letzteren Standpunkt. Während des Ministeriums des Grafen D. Tolstoi übte Katkow einen sehr starken und nachteiligen Einfluß auf die Verwaltung des Schulwesens, insbesondere im Moskauer Lehrbezirk.

Nach der Thronbesteigung des Kaisers Alexander III. verhinderte Katkow die von Alexander II. beabsichtigte Einsetzung eines Ausschusses der Provinzial-Landschaftsversammlungen und bewog den Zaren zur Befolgung eines streng nationalen, reaktionär-absolutistischen Systems. In der äußeren Politik verfolgte er deutschfeindliche, panslawistische Ziele.<<

Osmanisches Reich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Türkischen Reiches von 1850-1861 (x815/928-929): >>(Türkisches Reich) ... Als die französische Republik im Herbst 1850 in Konstantinopel eine Reklamation wegen der heiligen Stätten in Palästina erhob und die Pforte dieselbe nicht ganz ablehnte, sondern wenigstens die Mitbenutzung einer Kirchentür in Bethlehem den Katholiken zugestand, erklärte Kaiser Nikolaus sofort, daß hierdurch das religiöse Gefühl der orthodoxen Russen aufs äußerste verletzt werde, und verlangte Bürgschaften für die griechisch-katholische Kirche in der Türkei, welche Rußland ein völliges Schutzrecht über Untertanen der Pforte gewährt hätten. Zugleich forderte Österreich die sofortige Zurückziehung der ... damals siegreich in das aufständische Montenegro eingedrungenen türkischen Truppen aus diesem österreichischen Grenzland und die Erledigung einer Anzahl privatrechtlicher Forderungen österreichischer Untertanen.

Als der außerordentliche österreichische Gesandte Graf Leiningen am 14. Februar 1853 die unbedingte Erfüllung dieser Forderungen erreichte, schickte auch Kaiser Nikolaus den Fürsten Menschikow nach Konstantinopel, um in schroffster Form den Abschluß eines förmlichen Vertrages über die der orthodoxen Kirche zu gewährenden Privilegien zu verlangen.

Die Ablehnung dieser Forderung hatte einen neuen russisch-türkischen Krieg zur Folge (1853-56). Die türkische Armee bewies sich tüchtiger und leistungsfähiger, als man geglaubt hatte, und verteidigte die Donaufestungen sowie Armenien mit großer Zähigkeit und die ersteren mit solchem Erfolg, daß die Russen über die Donau zurückgehen mußten.

Dagegen wurde gleich zu Anfang des Krieges die Flotte der Türkei bei Sinope vernichtet, und auch ihre Truppen kämpften, seit die verbündete Armee der Westmächte auf dem Kriegsschauplatz erschienen war, nur in Armenien selbständig; in der Krim spielten sie bloß die Rolle von Hilfstruppen.

Für die inneren Verhältnisse der Türkei hatte der Krimkrieg besonders die Wirkung, daß die Westmächte, gewissermaßen als Belohnung und Rechtfertigung ihrer tatkräftigen Hilfe, die Einführung gründlicher Reformen in dem türkischen Reich forderten. Diese Bemühungen gipfelten in einem neuen großherrlichen Edikt, welches, von einer Diplomatenkommission zusammen mit dem türkischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ausgearbeitet, unter

dem Namen Hatti-Humayum am 8. Februar 1856 publiziert und später dem am 30. März 1856 zu Paris unterzeichneten Friedensinstrument ... beigegeben wurde.

Dieser Hatt (Edikt) proklamierte die bürgerliche Gleichstellung aller Untertanen, verbot die Bevorzugung einer Religionsgenossenschaft vor der anderen, gewährte allen Staatsbürgern gleiches Recht auf Anstellung im Pfortendienst, gleiches Recht auf Schulbesuch, verordnete die Einsetzung gemischter (mohammedanisch-christlicher) Tribunale, die Wehrpflicht der Christen bei Befugnis des Stellvertreterkaufes, das Recht des Grundeigentumserwerbs für Ausländer, unbedingte Toleranz etc.

Türkischerseits war gegen die gleichmäßige Zulassung von Nichtchristen zu den Staatsämtern, gegen die dem Exterritorialitätsprinzip widerstrebende Grunderwerbsbefugnis der Ausländer und gegen die unbedingte Toleranz, d.h. die Aufhebung der vom mohammedanischen Rechtsbewußtsein geforderten Strafen für Abfall vom Islam, vergeblich Einspruch erhoben worden; der Hatt, welcher den Christen die Wehrpflicht für den von ihnen immer als etwas Feindliches betrachteten Osmanenstaat auferlegte, wurde von diesen mit ebensoviel Verdruß und Argwohn aufgenommen wie von den Mohammedanern aller Parteischattierungen mit patriotischem und religiösem Ingrimm, und die türkischen Staatsmänner konnten wenigstens mit Recht beanspruchen, daß der Pforte hinlängliche Zeit für die allmähliche Ausführung der Reformen gewährt werde.

Auch bei dem Pariser Friedenskongreß kamen die türkischen Interessen nur, insofern sie mit denen der Westmächte zusammenfielen, zur Geltung. Rußland wurde um die Donaumündungen und einen denselben anliegenden Streifen Bessarabiens gekürzt, trat aber diesen letzteren an die Moldau ab, während die Pforte sich mit den Donaumündungen begnügen mußte. Eine erhebliche Einbuße für Rußland war dagegen die Neutralisierung des Schwarzen Meeres.

Die Aufnahme der Pforte in die europäische Staatenfamilie und die Gewährleistung ihrer Unverletzlichkeit schienen die Stellung der Türkei in Europa beträchtlich zu heben; dagegen wurden durch die Erneuerung des Dardanellenvertrages und die Gewährung autonomer Stellung an die drei Donaufürstentümer, unter Bürgschaft der Vertragsmächte gegen Tributzahlung an die Pforte, ihre Selbständigkeit und ihre Macht erheblich verringert.

In der Tat wurden die Befugnisse der Pforte über die Vasallenstaaten nicht nur nicht vermehrt, sondern, da das europäische Konzert, von dem die Türkei bloß einen Teil bildete, sich die oberste Entscheidung beimaß, mehr und mehr verringert und schließlich beinahe völlig aufgehoben. Sie konnte nicht hindern, daß 1859 auf Betreiben Frankreichs in der Moldau und der Walachei derselbe Mann, Cusa, zum Fürsten erwählt und so die Union faktisch durchgeführt wurde, und mußte sich begnügen, ihre Investitur mittels zweier verschiedener Diplome zu erteilen.

In Serbien wurde der der Pforte ergebene Alexander Karageorgiewitsch 1858 zur Abdankung gezwungen und die Obrenowitsch zurückgerufen, unter denen Serbien der Herd panslawistischer Agitationen wurde, welche 1861 auch einen Aufstand in der Herzegowina erregten. ...<<
Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1850-1859 (x809/79-80): >>(Italien) ... Seit 1850 hatte sich geistlicher und weltlicher Absolutismus auf der Halbinsel verbunden, um noch einmal die alten Einheitsbestrebungen zu zerstören; aber die harte Schule, durch welche insbesondere die gebildeten Stände Italiens zu gehen hatten, bewirkte wenigstens das Gute, daß die unklaren Träumereien der nationalen Parteien verschwanden, die Fragen über föderale oder zentrale Entwicklung, über Monarchie oder Republik nicht mehr, wie 1848, zersetzend und zerstörend wirkten.

Es kam die Zeit, wo es Staatsmänner wieder wagen konnten, die nationale Frage in die Hand zu nehmen, ohne fürchten zu müssen, an der Unreife des Volkes zu scheitern.

Während der Einfluß Österreichs und des mit ihm verbündeten Papsttums überall triumphiert hatte, schärfte sich deren Gegensatz zu Sardinien von Jahr zu Jahr. Die Durchführung der Ver-

fassung mit allen Garantien einer freien Presse, Gewissens- und Handelsfreiheit, Vereinsrecht und Volksbildung sicherten dem kleinen oberitalienischen Staat die Überlegenheit seiner geistigen und materiellen Mittel über alle anderen italienischen Mächte. Österreich gegenüber den Schutz der anderen Großmächte zu gewinnen, war die Aufgabe einer klugen und gemäßigten Politik, welche den Händen des hervorragendsten Staatsmannes anvertraut war, den Italien in den letzten Jahrhunderten hervorgebracht, des Grafen Cavour.

Um die Aufmerksamkeit Europas auf Italien wach zu erhalten, nahm Sardinien, wenn auch nur mit einem kleinen Heer, an dem Krimkrieg gegen Rußland Anteil, und es erhielt dadurch Gelegenheit, seine Stimme auch bei dem Friedenskongreß zu Paris laut zu erheben. Die Klagen und Forderungen Italiens konnten von den europäischen Mächten nicht mehr ignoriert werden, und einige derselben zeigten sich bereitwillig genug, ... Abhilfe zu schaffen; aber erst 1858 reiften die Absichten einer Befreiung Italiens von Österreichs Herrschaft.

Im Bad zu Plombières traf im Juli Cavour mit Kaiser Napoleon III. zusammen und entwarf den ersten Plan zur Umgestaltung Italiens, indem er Oberitalien für Piemont begehrte und dagegen auf Napoleons Idee einer Konföderation Italiens mit ehrenvoller Berücksichtigung des Papstes einging. Doch ... forderte Napoleon ferner die Abtretung Savoyens und Nizzas als Äquivalent für das Lombardisch-Venezianische Königreich, Parma und Modena, die an Sardinien fallen sollten ... Auch wurde die Allianz durch die Vermählung der Tochter Viktor Emanuels mit dem Prinzen Jérôme Napoléon besiegelt.

Am 1. Januar 1859 gab Napoleons III. (mit der) an den österreichischen Gesandten gerichteten Ansprache das Signal zu militärischen Rüstungen von seiten Österreichs, welche dann alsbald den passenden Vorwand abgeben konnten, um das bedrohte Sardinien gegen die Angriffspläne Österreichs zu schützen.

Die Politik Cavours ging insbesondere dahin, Österreich zum faktischen Angriff zu provozieren, was ihm auch ... gelang, nachdem die Friedensmission des englischen Gesandten Lord Cowley im März 1859 in Wien gescheitert und der Antrag Rußlands auf einen Kongreß von Österreich nur unter der unmöglichen Bedingung angenommen worden war, daß die Verträge von 1815 die Grundlage aller Unterhandlungen bleiben sollten.

In die irrthümliche Meinung verstrickt, daß Frankreich der Urheber aller ... Vorschläge sei, ... (um) sich besser rüsten zu können, suchte die österreichische Regierung durch rasches Losschlagen einen Vorsprung zu gewinnen und wurde so wirklich zum Friedensbrecher, indem sie am 19. April in Turin ein Ultimatum überreichte, (sich) binnen drei Tagen zu entwaffnen oder des Angriffes gewärtig zu sein. Da die Antwort ablehnend lautete, so erfolgte am 29. April unter dem Oberbefehl des Grafen Gyulay der Einmarsch der Österreicher in Sardinien ... (Italienischer Krieg von 1859).

Sie setzten sich in der Lomellina fest und blieben hier, den Angriff der Feinde erwartend, stehen, während Viktor Emanuel sein Heer auf 80.000 Mann gebracht hatte und die zahlreichen aus ganz Italien zuströmenden Freiwilligen dem General Garibaldi unterstellt wurden. Die Franzosen überschritten vom 25. April an den Mont Cenis und Mont Génèvre, während das Gros der Armee die Landung in Genua schon am 26. begann. So versäumte der österreichische Feldherr den günstigen Zeitpunkt für eine kräftige und erfolgreiche Offensive.

Am 20. Mai unternahm Gyulay bei Montebello eine ... Erkundung und stieß auf eine überlegene Zahl von Franzosen, wodurch er zu der Meinung verleitet wurde, daß er von hier den Hauptangriff zu gewärtigen habe. Allein Napoleon III. beschloß, den rechten Flügel der Österreicher zu umgehen, während sich Garibaldi mit seinen Freischaren längs der Berge bereits Monza und Mailand genähert hatte. Die unglückliche Schlacht von Magenta nötigte die Österreicher am 4. Juni zum Rückzug auf die Minciolinie, wo sie den Kampf unter dem Schutz des für sie stets bewährten Festungsvierecks abermals aufzunehmen entschlossen waren.

Die Verbündeten hielten am 8. Juni unter dem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug in Mai-

land. Mittelitalien hatte diesen Vorgängen nicht ruhig zugesehen. Schon am 27. April war der Großherzog von Toskana durch eine Militärverschwörung zur Abreise genötigt worden, und eine hierauf ernannte provisorische Regierung hatte Viktor Emanuel die Diktatur übertragen; doch hatte dieser aus Rücksicht auf seinen Verbündeten, welcher andere Pläne mit Toskana hatte, nur das Protektorat angenommen.

Nach der Schlacht von Magenta flohen auch die von den Österreichern bis dahin noch geschützte Herzogin von Parma und der Herzog von Modena.

In Bologna wurde nach dem Abzug der Österreicher die Diktatur Viktor Emanuels ausgerufen, und in anderen Städten des Kirchenstaates kam es zu Erhebungen gegen die päpstliche Regierung, welche nur mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten.

Inzwischen hatte der Kaiser von Österreich das Kommando über seine Truppen selbst übernommen und befahl am 24. Juni den Angriff auf die heranrückende französisch-piemontesische Armee. Napoleon III. war jedoch von dem Angriffsplan rechtzeitig unterrichtet und warf seine ganze Macht mit solcher Raschheit und Stärke auf das feindliche Zentrum bei Solferino, daß er dasselbe trotz heldenmütigster Gegenwehr durchbrach.

Auch bei Cavriano wurden die Österreicher zurückgedrängt, und obwohl die Angriffe der Piemontesen auf General Benedeks rechten Flügel bei San Martino scheiterten, so mußte doch der allgemeine Rückzug der österreichischen Armee angetreten werden, worauf am 8. Juli ein Waffenstillstand und am 11. Juli in Villafranca bei einer persönlichen Zusammenkunft zwischen Kaiser Franz Joseph und Napoleon III. Friedenspräliminarien abgeschlossen wurden.

Österreich opferte in denselben die Lombardei, um nur die Herzogtümer Mittelitaliens und Venedig zu retten, Napoleon verzichtete auf sein italienisches Programm "frei bis zur Adria", weil er bei weiterem Fortgang des Krieges ein Eingreifen Preußens befürchten mußte. Am 10. November wurde hierauf in Zürich der Friede von den Bevollmächtigten Frankreichs, Österreichs und Sardinien unterzeichnet, welcher die Vereinigung der Lombardei mit Sardinien, die Restauration der geflüchteten Fürsten und des Kirchenstaates sowie die Gründung einer italienischen Konföderation unter dem Präsidium des Papstes festsetzte.

Aber außer der Festhaltung des venezianischen Gebietes von Seiten Österreichs hatten alle übrigen Friedensbestimmungen das Schicksal, daß sie schon vor ihrer Unterzeichnung hinfällig waren. Denn die vertriebenen Fürsten kehrten nicht wieder zurück, der Papst ... (war) auch nicht zu Reformen bereit, und die italienische Konföderation blieb für immer ein Traum.

In Florenz, Parma und Modena wurde von einer Nationalversammlung die Absetzung der früheren Dynastien ausgesprochen. Bologna wie die früheren Herzogtümer wünschten von Sardinien annektiert zu werden. Sämtliche Unterzeichner des Friedens von Zürich wetteiferten förmlich in der raschen Zerreißung des geschlossenen Traktates.

Frankreich kam daher noch einmal auf das Projekt eines Kongresses zurück; aber da der Papst die Teilnahme ablehnte und Österreich seine Teilnahme von derjenigen des Papstes abhängig machte, so scheiterte derselbe, und Napoleon fand bald Gelegenheit, die Ordnung Italiens im Verein mit Sardinien auf eigene Hand zu unternehmen. ...<<

Liechtenstein: Jakob Joseph Jauch (1802-1859) verfaßt um 1850 den Text der späteren Nationalhymne Liechtensteins (x230/95-96):

>>Oben am jungen Rhein

Lehnet sich Liechtenstein

An Alpenhöh'n.

Dies liebe Heimatland,

Das teure Vaterland,

Hat Gottes weise Hand

Für uns erseh'n.

Hoch lebe Liechtenstein,
Blühend am jungen Rhein,
Glücklich und treu.
Hoch leb' der Fürst vom Land,
Hoch unser Vaterland,
Durch Bruderliebe Band
Vereint und frei.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Frankreichs von 1850-1867 (x806/565-568): >>(Frankreich) ... Man erließ Anfang 1850 ein Unterrichtsgesetz, welches die Lehrer ganz in die Hand der Geistlichkeit und der Präfekten gab; die Freiheitsbäume mußten überall entfernt werden; ganz Frankreich wurde in fünf große Militärdistrikte geteilt; ein Wahlgesetz, welches das Wahlrecht an die direkte Steuer und den zweijährigen Aufenthalt band, nahm dasselbe fast ein Drittel der Wähler.

Solche Gesetze machten die Versammlung in den unteren Klassen durchaus unpopulär, während der Präsident sich meist sorgfältig von ihr fern hielt und vielmehr als Erwählter der Nation auf wiederholten Reisen mit der Bevölkerung direkte Beziehungen anzuknüpfen suchte. Mit Vorliebe stellte er sich als den Beförderer und Beschützer der nationalen Wohlfahrt und der Volksrechte hin, ... (beklagte) den hemmenden Widerstand der Nationalversammlung und weckte durch Freigebigkeit und Gnadentakte die schlummernden Sympathien des Volkes für die Napoleonische Kaiserzeit.

Schon hörte man auf der Truppenrevue von Satory (im Oktober 1850) den Ruf: "Es lebe der Kaiser!"; schon wurde ein General, der denselben verboten hatte, abgesetzt. Bonapartistische Vereine, wie in Paris die Gesellschaft des zehnten Dezembers, bearbeiteten die öffentliche Meinung in ihrem Sinn.

So beschloß der Prinz, den Kampf mit der Versammlung aufzunehmen. Nachdem er am 4. Januar 1851 die Minister, die ihm nicht unbedingt anhängen, entlassen hatte, beantragte er eine im Land allgemein verlangte Verfassungsrevision, welche das allgemeine Stimmrecht herstellte und die Wiederwahl des Präsidenten nach Ablauf der vierjährigen Amtszeit gestattete. Die Uneinigkeit der Parteien bewirkte im August 1851 die Ablehnung der Revision.

Da nun Napoleon im Lauf des Jahres 1852 die Präsidentschaft niederlegen mußte, die errungene Gewalt aber um keinen Preis aus den Händen lassen wollte, entschloß er sich zu einem Staatsstreich. ...

Im tiefsten Geheimnis traf Napoleon, unterstützt von Morny, Fleury, dem Kriegsminister Saint-Arnaud und dem Polizeiminister Maupas, seine Vorbereitungen; in der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember 1851 hob die Polizei ungefähr 60 Abgeordnete und andere politische Persönlichkeiten, darunter die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, Leflô, den Obersten Charras, Thiers, Victor Hugo und andere, aus und brachte sie nach Mazas in Haft.

Am 2. Dezember morgens wurde der Palast der Gesetzgebenden Versammlung mit Truppen besetzt und durch eine Proklamation des Präsidenten, der sich direkt an die Nation wendete, die letztere verfassungswidrig für aufgelöst erklärt; Abgeordnete, die dennoch eintreten wollten, wurden verhaftet. 218 Abgeordnete versammelten sich in der Mairie des zehnten Arrondissements, wurden aber von den Soldaten sämtlich verhaftet. Der hohe Gerichtshof und der Staatsrat wurden gleichfalls gewaltsam aufgelöst.

Diese Maßregeln machten auf das Pariser Volk einen üblen Eindruck; indessen gelichtet und gedemütigt durch die Junikämpfe, 1830 und 1848 durch die Bourgeoisie um die erhofften Früchte der von ihnen durchgeföchtenen Revolutionen gebracht, gegen die reaktionäre Mehrheit der Versammlung erbittert, blieben die Arbeiter gleichgültig, und mit leichter Mühe und unter nutzlosem Blutvergießen wurden am 3. und 4. Dezember die wenigen Barrikaden ge-

nommen, welche in Paris errichtet worden waren. Tausende der gefangenen Volkskämpfer und der Verhafteten wurden nach Cayenne und Lambessa deportiert.

Die allgemeine Abstimmung, die am 20. und 21. Dezember stattfand, bestätigte den Staatsstreich; das Volk sehnte sich nach Ruhe, der Klerus wirkte für Napoleon, dem überdies die glorreichen Erinnerungen des ersten Kaiserreiches zustatten kamen. 7½ Millionen Stimmen gegen 650.000 nahmen die vorgeschlagene Verfassung an, die einen Präsidenten der Republik auf zehn Jahre mit allen königlichen Attributen, aber dem Volk verantwortlich, einen Gesetzgebenden Körper, erwählt auf sechs Jahre durch das allgemeine Stimmrecht, aber ohne legislative Initiative irgendeiner Art, und einen vom Präsidenten ernannten Senat, welcher die Verfassung aufrecht zu erhalten und abzuändern hatte, einsetzte.

Diese Verfassung, verkündet am 14. Januar 1852, verlieh dem Staatsoberhaupt eine völlig absolute Gewalt. Auch die Wahlen für den Gesetzgebenden Körper fielen 1852 ganz für die neue Regierung aus.

Die fremden Mächte, welche in Ludwig Napoleon den endgültigen Besieger der Revolution begrüßten, erkannten ihn bereitwillig an. Nach diesen ermutigenden Erfahrungen strebte Napoleon offen die Wiederherstellung des kaiserlichen Thrones an. Pomp hafte Reisen des Präsidenten durch einen großen Teil Frankreichs, glänzende Napoleonische Feste im Sommer und Herbst 1852, Gnadenbezeugungen und Geschenke aller Art mußten die öffentliche Meinung vorbereiten.

In Bordeaux trat Napoleon ausdrücklich als Bewerber um das Kaisertum auf, indem er zugleich das Programm aufstellte: "Das Kaisertum ist der Friede". Bei seiner Rückkunft nach Paris (16. Oktober) empfingen den Präsidenten glänzende, nicht allein offizielle, sondern auch volkstümliche Festlichkeiten und der dringende Wunsch nach Wiederherstellung des Kaisertums. Das Senatskonsult vom 7. November 1852 legte diese Frage dem französischen Volk vor, welches am 21. und 22. November mit 7.801.321 Stimmen gegen 251.781 das Kaisertum annahm.

An dem verhängnisvollen 2. Dezember wurde der Prinz-Präsident in Saint-Cloud unter dem Namen Napoleon III. als Kaiser proklamiert. Eine lange Reihe von Großwürdenträgern, meist aus der Zahl der Getreuen des Bonapartismus, wurde ernannt; sämtliche Angehörige des Hauses Bonaparte erhielten den Rang französischer Prinzen.

Nur zögernd erkannten die fremden Mächte das zweite Kaiserreich an, da sie dessen volkstümlichen Ursprung mißbilligten und seine kriegerischen Überlieferungen fürchteten; am wenigsten konnte sich der Zar Nikolaus mit der Erneuerung des Kaisertums befreunden. Napoleon wurde daher auch mit seinen Heiratsanträgen von mehreren fürstlichen Familien zurückgewiesen und vermählte sich deshalb am 29. Januar 1853 mit der spanischen Gräfin Eugenie von Montijo und Teba. Ein glänzender Hofstaat wurde eingerichtet, und der Luxus und die Pracht der Tuilerien bildeten das eifrig nachgeahmte Muster der vornehmen Welt.

Der Wohlstand hob sich, Handel und Verkehr blühten, die Regierung widmete den wirtschaftlichen Dingen ... eifrige Fürsorge, und das Volk schien mit dem neuen System wohl zufrieden. Die Verhandlungen des Senats und des Gesetzgebenden Körpers verliefen friedlich; bei den Adreßdebatten wurde das Kaiserreich verherrlicht, und eine Opposition machte sich gar nicht bemerkbar.

Namentlich verstand es Napoleon, seine Popularität durch eine geschickte auswärtige Politik zu steigern. Im Krimkrieg (1853 bis 1856) trat er im Bund mit dem liberalen England als Schützer der Türkei gegen Rußland auf, welches als der Hort des Despotismus galt, dessen Kaiser der ingrimmigste Feind der Revolution war und Napoleon bisher nicht als ebenbürtigen Monarchen hatte anerkennen wollen.

Die französischen Truppen errangen sich wieder in größeren Kämpfen, als sie in Algerien waren, blutige Lorbeeren, und wenn Frankreich auch für seine bedeutenden Opfer an Geld und

Menschen keinen direkten Vorteil zog und keine Vergrößerung seines Gebietes erwarb, so führte es doch auf dem Pariser Friedenskongreß das entscheidende Wort; die europäischen Souveräne besuchten den kaiserlichen Hof in Paris, die Regierungen, selbst die russische, wetteiferten in den Bewerbungen um die Gunst Napoleons; die Heilige Allianz war durch den Krimkrieg völlig zersprengt worden, und Frankreich war wieder die erste Macht des Kontinents, sein Herrscher der angesehenste Fürst, dessen Worten man gespannt lauschte.

Als am 16. März 1856 der kaiserliche Prinz geboren wurde und die Dynastie von neuem gefestigt schien, stand der Kaiser auf der Höhe seiner Popularität im Inneren und seines Ansehens im Ausland.

Da führte ein plötzlich eintretendes Ereignis neue Verwickelungen im Inneren und nach außen herbei. Ein früherer italienischer Karbonaro, Felix Orsini, der Napoleon für seinen Abfall von den italienischen Einheitsideen bestrafen wollte, schwor sich gegen ihn mit drei Genossen: Pieri, Rudio und Gomez.

Am 14. Januar 1858 abends, als das Kaiserpaar aus der Großen Oper kam, warfen sie Handbomben, welche unter dem kaiserlichen Wagen explodierten und viele Umstehende verwundeten, ohne das kaiserliche Paar zu verletzen (Orsinisches Attentat). Orsini und Pieri wurden hingerichtet, die beiden anderen nach Cayenne deportiert.

Aber die Regierung wollte in dem Verbrechen jener vier Ausländer das Werk der republikanischen Partei in Frankreich sehen und benutzte jenes, um gegen diese maßlos zu wüten. Dem sofort einberufenen Gesetzgebenden Körper wurde ein "Gesetz der allgemeinen Sicherheit" vorgelegt, welches alle diejenigen, die sich irgendeines Aktes der Opposition gegen die Regierung schuldig machten, dem Gefängnis, der Verbannung und der Deportation nach Belieben der Regierung preisgab; am 18. Februar 1858 wurde dieses Gesetz mit 217 gegen 24 Stimmen angenommen.

Die Ausführung desselben übernahm als Minister des Inneren der General Espinasse; er verhängte über 2.000 politisch Verdächtige, die sich keines besonderen Vergehens schuldig gemacht hatten, die Deportation. Dieser militärisch-polizeiliche Terrorismus wurde erst allmählich gemildert.

Das Orsinische Attentat hatte die weitere Folge, daß der Kaiser die Ausführung des Plans, Italien von der Herrschaft Österreichs zu befreien und politisch zu einigen, beschleunigte. Schon während des Krimkrieges und auf dem Pariser Friedenskongreß hatte er das aufstrebende Sardinien und seinen kühnen Staatsmann begünstigt.

Nun lud er im Juli 1858 Cavour zu einer Zusammenkunft ... ein, wo eine geheime Konvention abgeschlossen wurde, der zufolge Sardinien in ein die Lombardei, Venetien, Toskana, Parma, Modena und den nördlichen Teil des Kirchenstaates umfassendes Königreich Norditalien verwandelt werden, dafür aber Nizza und Savoyen an Frankreich abtreten sollte.

Die äußere Ankündigung der neuen Kriegspolitik gab die Ansprache des Kaisers an den österreichischen Botschafter, Baron Hübner, bei dem Neujahrsempfang 1859, welche durch ihre Herbheit allgemeines Aufsehen erregte.

Zur Befestigung der französisch-sardinischen Allianz wurde die Tochter des Königs Viktor Emanuel, Klothilde, mit dem Vetter des Kaisers, dem Prinzen Napoleon, vermählt (30. Januar 1859). England und Preußen bemühten sich, den drohenden Krieg durch ihre Vermittlung zu verhindern.

Österreich aber durchkreuzte diese Verhandlungen durch ein Ultimatum an Sardinien, nach dessen Zurückweisung es mit Überschreitung der sardinischen Grenze am 29. April 1859 den Krieg begann. Sofort überschritt ein französisches Heer die Alpen, um sich unter des Kaisers Befehl mit den Sarden zu vereinigen.

Die gänzliche Unfähigkeit der österreichischen Generale sowie die inneren Schäden der habsburgischen Herrschaft in Ober- und Mittelitalien führten mehr als die Strategie der französi-

schen und italienischen Befehlshaber die übrigens hart bestrittenen Niederlagen der Österreicher bei Magenta (4. Juni) und Solferino (24. Juni) herbei.

Nach letzterer Schlacht schlossen Frankreich und Österreich am 11. Juli plötzlich den Frieden von Villafranca, ohne daß Napoleon sein Programm: Italien frei bis zur Adria! durchgeführt hätte. Die Besorgnis vor Preußens drohender Haltung wirkte dabei ebenso mit wie der Wunsch, Italien nicht allzu unabhängig werden zu lassen. ...

Der Friede von Zürich (10. November 1859) bestimmte deshalb bloß die Abtretung der Lombardei an Sardinien und die Vereinigung aller italienischen Staaten, auch Venetiens, zu einem Bund unter Vorsitz des Papstes.

Aber dieser Bund bewies sich als eine Unmöglichkeit, der Papst weigerte sich, demselben anzugehören, und die mittelitalienischen Länder Toskana, Parma, Modena und Romagna proklamierten, anstatt ihre vertriebenen Herrscher wieder aufzunehmen, ihren Anschluß an Sardinien.

Gegen die sofortige Abtretung von Savoyen und Nizza, welche am 24. März 1860 erfolgte und von der französischen Regierung als eine Sühne des 1815 Frankreich widerfahrenen Unrechtes dargestellt wurde, fügte sich Napoleon in die vollendeten Tatsachen.

Diese Gebietsvergrößerung, die Vernichtung der österreichischen Herrschaft in Italien, die Lorbeeren von Magenta und Solferino waren die Früchte des kostspieligen und blutigen Krieges von 1859. Auf ihren günstigen Eindruck vertrauend, erließ der Kaiser am 16. August 1859 eine allgemeine Amnestie und verlieh 1860 dem Gesetzgebenden Körper das Recht, eine Adresse als Antwort auf die Thronrede zu votieren.

Indes fanden der italienische Feldzug und sein Ergebnis keineswegs allgemeine Anerkennung. Die militärischen Leistungen, namentlich des Kaisers selbst, wurden vielfach angefochten, die Einigung Italiens als ein entschiedener politischer Fehler bezeichnet, zumal es der Kaiser geschehen lassen mußte, daß Italien auch Neapel und Sizilien annektierte und dem Papste den größten Teil des Kirchenstaates entriß.

Die Preisgebung des Papstes verziehen die Klerikalen Napoleon nicht, während die Radikalen den Schutz Roms durch französische Truppen als eine schwächliche Halbheit tadelten. Durch die Annexion Savoyens und Nizzas trotz der vielgepriesenen französischen Uneigennützigkeit erhöhte sich in ganz Europa das Mißtrauen gegen Napoleon; namentlich in Deutschland fürchtete man seine geheimen Ränke und Pläne, um die Rheingrenze wiederzugewinnen. ...

Um die Nation zu beschäftigen und durch einen neuen Erfolg zu blenden, mischte sich die Regierung in auswärtige Verhandlungen und suchte überall die Ehre und den Ruhm der französischen Fahne glänzen zu lassen. Die Politik des Kaiserreiches erhielt dadurch einen unruhigen, abenteuerlichen Charakter ... Die Kräfte des Staates wurden dadurch zersplittert, die Eitelkeit und Begehrlichkeit der Nation gereizt und dennoch nie befriedigt. 1860 nahm Frankreich an einem Krieg Englands gegen China teil und intervenierte in Syrien zu Gunsten der Christen.

Geradezu verhängnisvoll wurde dem Kaiserreich die mexikanische Unternehmung, welche 1861 begonnen wurde, um auf Grund haltloser Privatansprüche die große Republik Mexiko und damit Zentralamerika unter französischem Einfluß zu bringen und, während die Vereinigten Staaten Nordamerikas sich im Bürgerkrieg zerfleischten, die lateinische Rasse, als deren Haupt die französische Nation bezeichnet wurde, zur herrschenden in Amerika zu erheben.

Die Kosten und Verluste im mexikanischen Krieg waren sehr bedeutend, die militärischen Erfolge keineswegs glänzend, wenn die Franzosen auch schließlich Mexiko eroberten. Um die wirkliche Höhe der Summen, welche das Unternehmen verschlang, nicht bekannt werden zu lassen, da die Opposition im Gesetzgebenden Körper schon heftig genug war, wurden alles in den Depots vorhandene Kriegsmaterial und alle ... (verfügbaren) Geldmittel heimlich verbraucht.

Hierdurch wurde Frankreichs Kriegsbereitschaft derart erschüttert, daß es die Polen in dem seit 1861 wütenden Aufstand nicht wirksam zu unterstützen vermochte, nachdem Rußland die diplomatische Intervention der Mächte zurückgewiesen hatte, daß es mit Italien die Septembekonvention (15. September 1864) schloß und Rom räumte und endlich auch nicht in die schleswig-holsteinische Verwicklung (1863-64) zu seinem Vorteil einzugreifen wagen durfte.

Der Versuch, in Mexiko ein Frankreich ergebenes Kaiserreich zu gründen und sich so aus der schwierigen Lage zu befreien, scheiterte kläglich. Nachdem sich die französischen Truppen vergeblich bemüht hatten, den Thron Maximilians zu befestigen, mußten sie auf die drohende Mahnung der Union 1867 Mexiko räumen und Maximilian preisgeben, dessen tragischer Tod (19. Juni 1867) die Ehre und das Ansehen des französischen Kaiserreiches empfindlich schädigte.

Das unglückselige mexikanische Abenteuer lähmte auch noch 1866 während des preußisch-deutschen Krieges Frankreichs Aktionskraft. Napoleon begünstigte die Politik Bismarcks in der schleswig-holsteinischen Streitfrage und beförderte das Bündnis mit Italien, einmal aus Vorliebe für das Nationalitätsprinzip, dann, weil er sicher darauf rechnete, daß die beiden deutschen Mächte ihre Kräfte in einem langwierigen Krieg aufreiben und ihm dann die Erfüllung seines sehnlichsten Wunsches, die Annexion Belgiens und des linken Rheinufer, leicht sein würde.

Gegenüber der Opposition in der Kammer und den Reden Thiers', welcher vor den Gefahren der Nationalitätspolitik warnte und die Rückkehr zu der alten Tradition Frankreichs forderte, das sich gegen die großen Staaten auf die kleinen stützen müsse, tat er bei Gelegenheit eines Festes in Auxerre den Ausspruch: "Ich verabscheue die Verträge von 1815, auf welche man uns jetzt verweisen will".

Aber der unerwartet schnelle und vollständige Sieg Preußens in Böhmen warf alle Vorausrechnungen und Pläne des Kaisers über den Haufen. Es war nur eine geringe Genugtuung für Sadowa, welches die Franzosen fast wie eine von ihnen selbst erlittene Niederlage und Schmach empfanden, daß Österreich die französische Vermittlung anrief und dem Kaiser Venedig abtrat. Bei den Friedensverhandlungen vermochte Frankreich nur wenige Wünsche durchzusetzen, und da es nicht zu einem Krieg gerüstet war, wagte es die gehofften Kompensationen von Preußen nicht energisch zu fordern. ...

Seitdem wurde die Politik des Kaiserreiches immer unsicherer und schwankender. Um das ungestüme Verlangen nach irgendeiner Genugtuung für 1866 zu befriedigen, wollte Napoleon 1867 Luxemburg kaufen, mußte aber auf den Einspruch Preußens davon absehen und sich mit der Neutralisation des Landes und der Räumung der Festung durch die preußischen Truppen begnügen.

Die Besuche der Souveräne während der glänzenden Weltausstellung 1867 verliehen dem Kaiserreich wiederum einigen Nimbus. Die durch Garibaldis Angriff auf Rom nötig gewordene Intervention im Kirchenstaat und das Gefecht bei Mentana (4. November 1867), welches die weltliche Herrschaft des Papstes noch einmal rettete, wurden dagegen dem Kaiser von den Liberalen und von Italien sehr verdacht und von der Kirche nicht gedankt, wie denn der Rat Frankreichs, der größten katholischen Macht, bei dem vatikanischen Konzil in keiner Weise beachtet wurde. Auf zwei Punkte konzentrierte sich besonders die Tätigkeit der Regierung, auf die Reorganisation der Armee und die politische Reform. ...<<

Großbritannien: Der britische Philosoph und Nationalökonom John Stuart Mill (1806-1873) schreibt um 1850 über die Voraussetzungen für eine gemeinsame Nationalität (x239/164):

>>Man kann von einem Teil der Menschheit sagen, daß er eine Nationalität bilde, wenn die dazugehörigen Menschen unter sich durch gemeinsame Sympathien verbunden sind, ... und die da machen, ... daß sie wünschen unter der selben Regierung zu stehen, und zwar unter ei-

ner Regierung, die ausschließlich entweder durch sie selbst oder durch Personen aus ihrer Mitte gebildet wird.

Dieses Gefühl der Nationalität kann aus sehr verschiedenen Ursachen hervorgegangen sein. Bisweilen ist es die Folge von Identität (vollkommener Gleichheit) der Rasse, und Abstammung. Gemeinsamkeit der Sprache und der Religion trägt sehr viel dazu bei, es zu fördern. Die Art der geographischen Begrenzung kann ebenfalls zu seinen Ursachen gehören.

Die stärkste derselben ist aber die Identität des politischen Lebens und der politischen Entwicklung, der Besitz einer nationalen Geschichte und die sich daraus ergebende Gemeinsamkeit der Erinnerungen, sowie die Übereinstimmung in Stolz und Scham, Freude und Leid, die sich an dieselben Ereignisse der Vergangenheit knüpfen. Indessen ist keiner von diesen Umständen unerlässlich. ...<<

USA: In den USA leben im Jahre 1850 etwa 23 Millionen Einwohner. Davon sind etwa 3,2 Millionen afrikanische Sklaven (x074/911).

Im Jahre 1850 gibt es in den US-Staaten 347.525 Sklavenhalter, die einen bis 500 Sklaven besitzen (x272/228).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Sklaverei in Nordamerika (x068/105-110): >>Kurz nach Beendigung des Krieges gegen Mexiko, im Jahr 1850 betrug die Bevölkerung der USA nicht ganz 23.200.000, darunter 3,2 Millionen Sklaven. Jeder siebte Einwohner war ein Sklave. Doch wurde die Sklaverei von den weißen Südstaatlern nie beim Namen genannt, sondern dezent als "peculiar institution", als "besondere Einrichtung" bezeichnet.

Auch die amerikanische Verfassung, die ja so viele schöne Worte fand, doch die Sklaverei nicht aufhob, vermied das Wort Sklaverei ebenso wie das Wort Sklave. Sie sprach dafür von Personen, verpflichtet zu Dienst und Arbeit in irgendeinem Staat nach dortigem Gesetz. So schafft man das Übel fast schon aus der Welt. ...

Sklaven waren eine recht alte Einrichtung in der Neuen Welt, die diese auch aus der alten Welt bezog durch lauter christliche Nationen, nebenbei. Wie denn das Christentum die Sklaverei von Anfang, von Paulus an, beibehalten und mit dem ganzen Neuen Testament samt Kirchenvätern ebenso schamlos wie entschieden verteidigt hat!

Ja, seit dem 4. Jahrhundert, als eine Autorität wie Ambrosius, der heilige Kirchenlehrer, die Sklaverei als "Gottesgeschenk" feiert, wird sie durch weit mehr als ein Jahrtausend von der Christenheit gefestigt und gefördert. Noch im 15. Jahrhundert verdammt (der flammend, doch vergeblich den Regierungen Europas den Kreuzzug gegen die Türken predigende) Nikolaus V. – "der friedlichste der Päpste" (Leon Battista Alberti), "der gütige, tolerante, liberale Humanist" (Hans Kühner) – in seiner Bulle "Dum diversas" von 1452 die Neger als "Feinde des Christentums" und segnet damit Versklavung sowie Sklavenhandel einmal mehr kirchlich ab.

...

Mehr noch als anderwärts gehörten die Negersklaven in Amerika zu den Charakteristika des frühkapitalistischen Unternehmertums. In immer größerer Zahl wurden sie in Afrika für allerlei wertlosen Tand, für Alkohol auch und Waffen eingetauscht und nach Übersee verschifft, unter den entsetzlichen Umständen.

Die allermeisten hatten freilich gar nicht das fragliche Glück, die neue Welt kennenzulernen. Von 60 Millionen Schwarzen – "60 Millionen", schreibt Toni Morrison "ist die niedrigste Zahl, die ich von Historikern hörte" – von 60 Millionen, die man in Afrika einfing, gelangten nur 4 Millionen nach Amerika. Die übrigen krepitierten bereits auf der Jagd nach ihnen oder während der Überfahrt (in der Regel je zwei und zwei zusammengeschiedet) ins Gelobte Land, wo die Krawalle, die rassistischen Exzesse nicht abreißen – bis heute.

Im 16. Jahrhundert besaß das katholische Spanien, im 17. und 18. Jahrhundert das protestantische England ein Monopol für die Ausfuhr schwarzer Sklaven. Dieser Handel hatte, mit Er-

laubnis des britischen Parlaments für Privatkauflleute, schon 1698 zwischen Neuengland, Afrika und den Inseln der Karibik begonnen. Dann erhielt England 1713 in dem mit Spanien geschlossenen Asiento-Vertrag das alleinige Recht, in dessen amerikanischen Kolonien mit Negern zu handeln.

33 Jahre lang durfte dort England jährlich 4.800 schwarze Sklaven verkaufen, insgesamt 144.000. Der Vertrag, noch einige Jahre verlängert, wurde 1750 im Vertrag zu Madrid zwar aufgehoben, ein eigens neu gegründeter spanischer "Asiento" aber durch englischen Sklavenschmuggel über Jamaika unterlaufen. Die Briten, besonders Reeder aus Liverpool und Bristol, verschleppten allein zwischen 1680 und 1786 nicht weniger als 2,13 Millionen Afrikaner in die Neue Welt, setzten das Geschäft jedoch noch Jahrzehnte lang im 19. Jahrhundert fort und verdienten damit riesige Summen.

Selbst in "Gottes eigenem Land" war der Import von Sklaven bis 1808 offiziell erlaubt.

Erst am 1. Januar dieses Jahres verbietet ihn der Kongreß (nach Artikel 1, Abschnitt 9). Doch dauert er Jahrzehnte darüber hinaus mit staatlicher Duldung fort und beläuft sich noch bis 1860 auf rund 250.000 Schwarze. Zeitweise beziehen die USA zehn Dollar Einfuhrzoll pro Stück. South Carolina droht noch 1835 jedem Landesbürger, der die Sklaverei verurteilt, die Todesstrafe an. Als seinerzeit Senator Charles Sumner, Massachusetts, die Sklaverei bekämpft, schlägt ihn Preston Brooks, der Volksvertreter aus South Carolina, derart zusammen, daß er sein Senatsamt nicht mehr wahrnehmen kann.

Diese Amerikaner sind Rassenfanatiker. Präsident Jefferson, der die Abschaffung der Sklaverei predigt, selbst aber auf seinem Gut Monticello in Virginia bis an sein Lebensende 200 Sklaven hält, ist auch gegen Rassenmischung. Er empfiehlt die Ansiedlung befreiter schwarzer Sklaven weitab von den Zentren weißer Zivilisation. Ebenso neigt Präsident Lincoln der Aussiedlung befreiter schwarzer Sklaven zu, weil er die schwarze Rasse nicht für ebenbürtig und keine friedliche Koexistenz für möglich hält. Sahen die Yankees in den roten Menschen kaum viel mehr als wilde Tiere des Waldes, taugten die Schwarzen eben gerade dazu, ihre Sklaven zu sein.

Einen Sklaven aber erachten sie als Eigentum, er wird rechtlich als Sache behandelt ganz so wie in den französischen Kolonien, wo nach Artikel 44 des noch aus der Zeit Ludwigs XIV. stammenden Code Noir bis weit ins 19. Jahrhundert hinein der Grundsatz gilt: "Les esclaves sont meubles."

Kein Wunder, daß sich schon im April 1712 in New York City die Negersklaven erheben - 21 von ihnen werden hingerichtet. Ein weiterer Negeraufstand erfolgt 1739 in South Carolina, wo dann 1822 eine Empörung der Sklavenarbeiter im Ansatz stecken bleibt, wie ähnlich später in Virginia die Rebellion John Browns, den man dort am 2. Dezember 1859 öffentlich hängt.

Eine Heirat mit Schwarzen ist Weißen beiderlei Geschlechts unter Androhung des Todes sowie dem Entzug aller Recht verboten. Auch dem Geistlichen, der sie traut, drohen schwere Strafen. Gleichwohl reizt viele das schwarze Fleisch; immer wieder kommen Mischlinge zur Welt.

Ansonst aber werden Sklaven hier häufig schlimmer als das Vieh behandelt, in Ketten gelegt, eingelocht, auch buchstäblich. Sie werden gefoltert, gepeitscht, bis zu fünfhundert Schlägen, oft wegen kleinster Vergehen. Kommunen halten sich einen amtlichen Auspeitscher, einen "negro-whipper". Man hatte sogar eine Auspeitschmaschine erfunden, um die Sache effizienter zu machen. Schließlich war man fortschrittlich. Wer seinen Negersklaven jedoch tötete, konnte selbst gesetzlich mit dem Tod bestraft werden.

Aber, berichtet im späteren 18. Jahrhundert der Schwede Pehr Kalm, "es gibt hier kein Beispiel dafür, daß ein weißer Mann jemals für dieses Verbrechen hingerichtet worden ist."

Die Sklaverei und die Bibel

Importierte Sklaven werden noch im 19. Jahrhundert im "freiesten" Land der Welt ganz öf-

fentlich, wie auf dem Rinder- oder Schweinemarkt, verhökert, Sklavinnen auch für "Zuchtzwecke" versteigert, das Geschäft geht glänzend; nur wenige Weiße, die da nicht profitieren. Dabei handelt und behandelt man die armen Teufel wie Menschen auf antiken Sklavenmärkten.

Sie werden durch die Kunden beklopft, in Arme und Schenkel gekniffen, man öffnet ihnen den Mund, prüft ihr Gebiß, man läßt sie sich drehen und wenden, Verrenkungen machen, um nur ja sein Geld gut anzulegen. Es gibt kleinere, größere Auktionen, auch Auktionen mit "großem Anreiz", wie der "Republican" am 28. Februar 1859 eine Anzeige im gleichen Blatt kommentiert, mit einem "Angebot von 460 Negern ... Zahlungsbedingungen: Ein Drittel in bar. Der Rest in Wechseln, zu verzinsen vom Tag des Kaufes an. Zahlbar in zwei gleichen Raten ... Sicherheit ... Bürgschaften ... Schuldscheine ..."

Die Auktion erbrachte 303.850 Dollar. Der Bestand gehörte dem Pflanzler Pierce Butler, dessen Frau, eine frühere englische Schauspielerin, geschieden nach England zurückgekehrt war, weil sie das Unglück der Sklaven auf den Plantagen nicht ertragen konnte.

Natürlich waren nicht alle Damen so empfindlich. William H. Seward, später Staatssekretär Lincolns, beobachtete einmal einen Sklaventransport zu Schiff. Etwa 75 Männer, Frauen, Kinder verschwanden im Zwischendeck, zerlumpt, heruntergekommen, der Kälte preisgegeben, jedes Häufchen Elend mit einem Bündel, einem Sack, seinen Habseligkeiten. "Oh, nehmen Sie das nicht so tragisch, Sir", sagt der Kapitän zu Seward. "Es sind die glücklichsten Leute der Welt." Seward schildert kurz, was er sah, und schließt: "Dies also waren "die glücklichsten Leute der Welt"!"

Dem traurigen Zuge folgte eine Frau, eine weiße Frau in einem schönen Kleid aus Seide und einem Mantel aus Pelz, wahrscheinlich die Frau des Kapitäns. In der Hand trug sie die Bibel." Und wirklich hat die "Heilige Schrift" die Sklavenfrage ganz eindeutig geklärt.

Denn befiehlt schon Paulus den Unfreien, nicht frei werden zu wollen, nein: "bleibe nur um so lieber dabei", so gebieten ihm auch andere, vom Heiligen Geist inspirierte Schreiber, "volle echte Treue zu erweisen", "in jeder Hinsicht gehorsam zu sein", "mit Willigkeit", "mit Furcht und Zittern", - "als gälte es dem Herrn", "als gälte es Christus". Der pure Kadavergehorsam wird diesen elenden Geschöpfen da eingeschärft, eingehämmert. Auch wenn ihre Herren keine Christen sind, sollen sie sie achten, um das Christentum nicht in Verruf zu bringen! Und um die Ungläubigen zu gewinnen.

Nicht genug: Das Buch der Bücher, die "Frohe Botschaft", heischt Gehorsam selbst gegenüber harten Herren, geduldiges Ertragen ihrer Schläge, wobei man ihnen den leidenden Jesus als Vorbild hinstellt. Ja, die "Heilige Schrift" befiehlt den christlichen Sklaven, gläubigen Sklavenhaltern nur desto eifriger zu dienen, weil diese Christen seien!

Manche der Herren andererseits, nun, ließen nicht einmal die "Bekehrung" zu. Glaubten sie doch, wie Pehr Kalm wieder festhält, "sich schämen zu müssen, Brüder und Schwestern im Glauben unter so verächtlichem Volk zu haben; teilweise meinen sie, dann ihre Neger nicht mehr so unterdrücken zu können; und teilweise befürchten sie, daß die Neger zu stolz werden könnten, wenn sie sich und ihre Herren in religiösen Fragen auf einer Stufe sehen."

Die Meinung des Briten Morgan Godwyn, der zeitweise auf Barbados und in Virginia gelebt, christlich erzogene Sklaven würden den Weißen williger dienen und mehr arbeiten, fand bei den Pflanzern schon gar keinen Glauben. Und gelegentlich peitscht man christliche Sklaven sogar, weil sie sonntags zur Kirche gehen statt zur Arbeit.

Ohne jede Schätzung blieben die Schwarzen freilich nicht. Manche Weiße, wir hörten es schon, traten ihnen beim Koitus näher. Und nicht wenige betrieben mit ihnen eine Art Zucht. Denn die Kinder fielen stets dem Herrn der schwarzen Sklavin zu, und natürlich waren auch die Kinder wieder Sklaven. Ja, manche Amerikaner respektierten gar den Familienzusammenhalt ihrer Unfreien und verkauften sie nur "familienweise", Frauen mit ihren Männern, Mütter

mit ihren Kindern - so wurde man auch die Alten und Untauglichen los!

Jeder weiße Amerikaner aber, der es sich leisten konnte, kaufte und hatte schwarze Sklaven. Nur die Quäker hielten sich anfangs zurück, ja, erhoben ihre Stimme gegen das doch so bewährte System - im Mittelalter geradezu "christliches Institut" genannt.

Als aber Pehr Kalm im 18. Jahrhundert Amerika bereiste, hatten auch die frommen Quäker "so viele Neger wie alle anderen". <<

Angesichts der ständig wachsenden Einwandererzahlen und einer drohenden Überfremdung verlangen um 1850 immer mehr Nordamerikaner gesetzliche Beschränkungen der Einwanderung (x056/121).

Einer der ersten deutschen Siedler in Missouri berichtet über die schwierigen Lebensverhältnisse der Einwanderer (x261/252): >>Die meisten dieser Leute kamen ganz unbemittelt ins Land; viele waren so arm, daß sie ... noch einen Teil des Reisegeldes schuldeten, andere besaßen so wenig, daß sie nur zu zweien ein einziges Vierzig-Ackerstück Congreßland (von der Regierung angebotenes Land) ... kaufen konnten. ...

Nachdem das erste notdürftige Haus gebaut war, ... gingen die Männer in der Nachbarschaft auf Arbeit, während die Frauen und größeren Kinder Unterholz ausrodeten und verbrannten, sogar Fenzriegel (Zaunriegel aus rund 3 m langen Eichenstämmen) machten einige Frauen. ... Jeden Tag, den sich die Männer erübrigen konnten, machten sie Riegel, und manche benutzten sogar mondhelle Nächte dazu, nachdem sie den Tag über im Tagelohn gearbeitet hatten. ...

Fast jeder kaufte seine ersten Pferde, Kühe usw. auf Kredit, ... jedoch waren Vieh und Lebensmittel in jener Zeit sehr billig, und ... so konnte schon innerhalb eines Jahres das unentbehrlichste Vieh bezahlt werden. ...<<